

DRINGLICHKEITSANTRÄGE

1) Reform der AKM (Autoren, Künstler, Musikverleger), Petition an den Bund

GR. **Rajakovics** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Rajakovics**: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es waren jetzt einige Vorfälle in Graz, was Veranstalter betrifft, aber es waren auch einige Benefizveranstalter, die in letzter Zeit sich da immer wieder auch an den Bürgermeister gewandt haben betreffend AKM und der Übersicht. Das System des Künstlerschutzes durch die AKM hat in Österreich Tradition, ist aber dringend zum Schutz von kleinen Veranstaltern und Veranstalterinnen zu reformieren.

Bei dieser Reform muss es darum gehen, trotz geltenden Urheberrechts den Fortbestand von Kulturveranstaltungen, vor allem auf dem Musik-Live-Sektor, zu garantieren. Derzeit gefährdet das Urheberrecht mit der Monopolstellung der AKM als Lizenzverwalter die Existenz vor allem kleinerer und mittlerer lokaler Veranstalter.

Die Situation in der Musikindustrie hat sich vollkommen verändert. Waren es bis zum Durchbruch von Internet und Downloads die Tonträger, die das Hauptgeschäft von KünstlerInnen darstellten, sind es nun wieder die Live-Acts. Für diese zahlen Veranstalter teils sehr hohe Gagen. Auch wenn die Bands nur eigene Titel spielen, wird von der AKM zusätzlich Geld eingehoben und das in einem für den Veranstalter nicht nachvollziehbaren, auch sehr veränderlichen Ausmaß.

Derzeit ist es nämlich so, dass die AKM mit verschiedensten Verrechnungsarten, die der Zwangskunde, auf Grund des Monopols kann man es nur so nennen, kaum durchschauen kann, operiert.

Die verrechneten Prozentzahlen, die VeranstalterInnen von der bereits an die Band entrichtete Gage abverlangt werden, schwanken von 4 bis 8 oder 10 Prozent und bei säumigen Veranstaltern werden sogar "Strafverrechnungen" mit dem Hundertfachen der normal üblichen AKM-Gebühr vorgeschrieben.

Auch Veranstalter von Benefizabenden berichten, dass bei Veranstaltungen in den genau selben Räumlichkeiten sich die Gebühr in einem Jahr nach den tatsächlich Anwesenden richtet und im anderen Jahr pauschal zu entrichten waren und plötzlich deutlich höher gelegen ist.

Im Zuge der notwendigen Reform sollte von Seiten des Bundes jedenfalls eine Möglichkeit der genauen Kontrolle der Finanzgebarung der AKM vorgesehen werden, da die AKM sich als "staatlich autorisierte", gewissermaßen "Privatbehörde" sieht, obwohl sie eigentlich nur eine Genossenschaft ist und auch so agiert und daher dringend selbst vom Staat geprüft werden müsste.

Für Veranstaltungen beziehungsweise für VeranstalterInnen mit Live-Musik wäre die ideale Lösung eine allgemeine, österreichweit gültige AKM-Abgabe von ein bis zwei Euro, die auf den Eintrittspreis aufgerechnet wird und die von den jeweiligen Vorverkaufsstellen und Tageskassen direkt an die AKM abgeführt werden.

Das würde das Überleben und die Existenz von kleineren und mittleren VeranstalterInnen sichern.

Die ganz großen VeranstalterInnen, Donauinselfest, Frequency etc., können auf Grund der enorm hohen Summen, um die es bei ihren Veranstaltungen geht, wie schon bisher üblich, mit der AKM Sondervereinbarungen treffen.

Bisher gibt es im Übrigen auch für die bestehenden Sondervereinbarungen keine Transparenz und keinerlei staatliche Kontrolle.

Ein weiteres dringend reparaturbedürftiges Thema ist die Möglichkeit der AKM, bei säumigen Veranstaltern ein "Aufführungsverbot" zu verhängen und bei Zuwiderhandeln eine Privatanklage beim Straflandesgericht gegen den Veranstalter einzubringen.

Hier entsteht die im Wirtschaftsleben wohl einmalige und aus meiner Sicht nicht akzeptierbare Situation, dass eine Privatfirma, eine Genossenschaft, säumige Kunden vor ein Strafgericht bringen kann.

Das Verbrechen: Ignoranz eines von einer privaten Firma verhängten Verbotes.

Das ist ein rechtlich untragbarer Zustand, völlig überaltert und selbst Richter, mit denen ich gesprochen habe, sind der Ansicht, dass diese Sache in einem Strafrecht nichts verloren hat.

Im Namen des ÖVP-Gemeinderatsclubs stelle ich daher folgenden

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Der Gemeinderat tritt am Petitionsweg an das Ministerium für Unterricht, Kunst und Kultur, namentlich Ministerin Gabriele Heinisch-Hosek, und das Justizministerium, namentlich Minister Dr. Wolfgang Brandstetter, mit dem Ersuchen heran, im Sinne des Motivenberichts eine Reform der AKM zu veranlassen, die in erster Linie Transparenz und Nachvollziehbarkeit für alle beteiligten VeranstalterInnen und KünstlerInnen bringt und vor allem Transparenz über die eingenommenen Mittel und deren Verwendung.

Ich bitte um Zustimmung (*Applaus ÖVP*).

GR.ⁱⁿ **Braunersreuther** zur Dringlichkeit: Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer! Wir wollen gleich vorweg sagen, wir sehen durchaus die

Dringlichkeit, es ist nämlich eine Ungerechtheit da, das wissen wir auch aus der Praxis. Übrigens eine kleine Berichtigung nämlich nicht Autorinnen/Autoren, Künstlerinnen/Künstler sondern Komponistinnen und Komponisten und Musikverlegerinnen/Musikverleger, eine Transparenz hierbei ist wirklich sehr zu begrüßen. Darüber hinaus sollten aber auch Lösungen für nicht kommerzielle Veranstaltungen gefunden werden, die nämlich, nachdem sie ja keine Einnahmen haben mit ihren Veranstaltungen, mit dem jetzigen System zumeist sehr stark draufzahlen. Wir hoffen, dass bei einer großen Transparenz und bei einer Reform der AKM die AKM zurückkehrt zu dem, was sie eigentlich ursprünglich war, nämlich eine Vertretung eben der genannten Autorinnen/Autoren, Komponistinnen/Komponisten, Musikverlegerinnen/Musikverleger. Danke (*Applaus KPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

GR. **Pacanda** zum Antrag: Sehr geehrte Damen und Herren! Ein ganz wichtiges Thema: Urheberrechtsreform, AKM-Reform. Aus unserer Sicht ist aber im Motivenbericht und auch im Antrag selber fehlen uns ein paar Dinge im Endeffekt drinnen. Es ist sehr stark intensiv eingegangen worden auf die Veranstalter. Aus unserer Sicht aber viel zu wenig eigentlich auf die eigentlichen Künstler, auf die Urheber und eigentlich auf eine Gesamtbetrachtung der Wertschöpfungskette. Also wo entsteht Kunst, wer ist der Urheber und wie kommt man im Endeffekt zum Konsumenten, also wirklich die ganze Wertschöpfungskette. Deswegen möchten wir gerne einen Abänderungsantrag stellen und zwar in diese Richtung, dass wir einen Urheberrechtskonvent in Graz veranstalten. Bei diesem Konvent sollen Vertreter von der gesamten Wertschöpfungskette unter Anführungszeichen „eingeladen“ werden, um gemeinsam dann immer auf die Probleme, Wünsche und Anregungen zu diskutieren,

gemeinsam einen Reformvorschlag zu erarbeiten, der dann eben, wie bereits eben im Antrag selber drinnen vorhanden, am Petitionswege an das Ministerium für Unterricht übermittelt werden soll. Auf jeden Fall sollte bei diesem Konvent zum Beispiel die Kultur dabei sein, die freie Musikszene dabei sein, Musikergilde, alternative Verwertungsgesellschaften, ist ein ganz ein wichtiges Thema, wie zum Beispiel C3S, Vertreter der freien Radios, auch ein wichtiges Thema und Spezialisten aus den Bereichen freie Lizenzen, open knowledge, ähnliche Interessensgruppen und, wenn möglich, die zuständigen SprecherInnen der im Nationalrat vertretenen Parteien. Das zum Abänderungsantrag und sollte dieser Abänderungsantrag aus für mich unerfindlichen Gründen keine Mehrheit finden, kündige ich gleich einen Zusatzantrag hierzu an und in dem Zusatzantrag geht es auf jeden Fall darum, dass man zumindest ergänzt zu dem einen bestehenden Antrag, dass sein spezielles Augenmerk auf die Situation und die Problemstellung von kleinen Künstlerinnen und Künstlern gelegt wird, vor allem in Richtung der Verteilungsgerechtigkeit, das ist Punkt eins des Zusatzantrages, und Punkt zwei, dass man bei dieser Reform im Ministerium auch alternative Verwertungsmodelle auf jeden Fall betrachtend beobachten sollte. Dankeschön.

StR.ⁱⁿ **Rücker**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, lieber hoher Gemeinderat, liebe ZuhörerInnen auf der Tribüne! Ich kann es mir nicht verkneifen, Thomas, aber wir haben jetzt seit zwei Monaten eine neue Bundesregierung und die von dir angesprochene Bundesministerin für Bildung heißt Heinisch-Hosek und derjenige Bundesminister für Kunst und Kultur heißt Minister Ostermayer. Aber das habe ich mir jetzt nicht verkneifen können. Wir stimmen der Dringlichkeit und dem Inhalt des Abänderungsantrages aus folgenden Gründen zu. Es hat der Herr Pacanda schon auch erläutert, was die Perspektive betrifft, aus welcher man eben die Situation bei der AKM betrachtet, und auch mir als Kulturstadträtin ist es sehr wichtig auch die Frage

eben derer, die in der Kette eigentlich als diejenigen gedacht sind, die letztlich auch davon profitieren sollen, dass ihre Werke zur Aufführung gebracht werden, einen wesentlich stärkeren Fokus brauchen. Aber nachdem wirklich Reformbedarf besteht, unterstützen wir den Abänderungsantrag und hoffen, hier eine gute Diskussion zu haben. Ich möchte trotzdem dem hohen Gemeinderat in kurzen Auszügen auch die Stellungnahme der IG Kultur zu dem Thema bringen, damit man noch einmal erfassen kann, um was es dabei geht. Also auch die IG Kultur stellt fest, dass bei der Verwertungsgesellschaft AKM einiges zu überarbeiten wäre, zumal die Grundlagen für ihre Einhebung und Ausschüttung der Gelder nicht transparent sind und obendrein von jahrzehntelangen Bewertungskriterien für die Abgaben ausgegangen wird, was zum Beispiel dazu führt, dass ernste Musik und Pop-Musik völlig unterschiedlich bewertet werden, zu Lasten der Pop-Musik. Zur Frage der Vergütung von Werken gehört eben auch das UrheberInnenrecht, das ist auch schon angesprochen worden. Für die IG ist ein stets aktuelles Problem zu hinterfragen, welche Möglichkeiten nämlich es gäbe, den KünstlerInnen als Letzte in der Reihe der Verwertungskette mehr als bisher oft nur Almosen zukommen zu lassen. Eine Offenlegung der Strukturkosten der AKM und der Mittelverwendung wäre deswegen wirklich zu begrüßen. Noch ganz kurz die wichtigsten Forderungen aus der IG Kultur: Einerseits die Transparenz, der durch die Verwertungsgesellschaft eingehobenen Mittel und ihrer Ausschüttung, dann eine Reform des Urheberrechtes, die es den Kulturschaffenden ermöglicht, ihre Werke spezifisch zu lizenzieren; Veröffentlichung und Diskussion politischer Entscheidungsgrundlagen, wie zum Beispiel, wenn es Studien dazu gibt; Förderung des Zugangs zu materiellen und immateriellen kulturellen Werken, da geht es um Bibliotheken, Kulturinitiativen. Die offene Diskussion von Pilotprojekten neuer Modelle, wie zum Beispiel Kultur, Fairtrade, Kulturwert. Damit höre ich schon auf und wie gesagt, wir unterstützen den Abänderungsantrag von Herrn Pacanda. Danke (*Applaus Grüne*).

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 14.30 Uhr den Vorsitz.

GR. **Rajakovics:** Danke auch für die zwei Zusätze, die ich hoffe, dass sie kommen werden, weil ich den Abänderungsantrag der Meinung bin, dass das ja getan werden kann jedenfalls. Ich mich auch sehr freuen werde, wenn die Frau Kulturstadträtin zu diesem Dialog einlädt und man dort dann im Rahmen dieses Dialogs eine Petition an den Herrn Minister Ostermayer auch schicken kann, denn der im Übrigen ja aufgrund seiner Erfahrungen im Medienbereich, glaube ich, gerade für den Bereich AKM ja besonders zugänglich sein müsste, weil gerade das Ganze ja sehr stark hineinspielt. Ich sage nur, die AKM hat insgesamt einen Jahresumsatz von 88 Millionen Euro, das ist eine Riesensumme und hat unter anderem auch die Aufgabe, eine Förderung der Nachwuchskünstler zu gewährleisten, die sich dann gerade einmal mit 600.000 Euro zu Buche schlägt, es gibt überhaupt keine Transparenz, wie viel Geld in welche Richtungen geht. Durch die Vernetzung... dass die Künstler nicht zu ihrem Geld kommen, die Verwertungskette von Musik ist eine ganz komplexe, erst recht, weil ja auch Musiker, die in Bands spielen, dann noch einmal neben den Komponisten ja noch einmal eine Schwelle tiefer sind und die Musiker und Musikanten, die sind sicher, die in unserer Gesellschaft nicht zu den gut Verdienenden gehören. Also ich will auf keinen Fall, dass man jetzt sagt, die Künstler sollen nicht zu ihrem Geld kommen, vor allem dort nicht, wo es sich um Künstler handelt, die jetzt nicht auf großen Pop- und Konzertbühnen auftreten. Aber gerade für diese ist die AKM besonders erfreulich, weil durch ein internationales Netzwerk fließen die Gelder in großem Maß an alle, die in den Hitparaden vertreten sind, leider aber, die die eigentlich ein bisschen mehr Förderung brauchen, werden von Seiten der AKM kaum berücksichtigt. Das heißt, die einheimische Musikszene wird unverhältnismäßig wenig eigentlich von diesen 88 Millionen-Topf bedient. Deshalb würde ich ersuchen, dass man meinem dringlichen Antrag zustimmt, ich werde auch gerne den beiden

Zusatzpunkten zustimmen, die der Kollege Pacanda noch eingebracht hat und dass wir es nicht verabsäumen, wenn die Frau Stadträtin einlädt zu so einer großen Runde, dass wir dann noch einmal reden und vielleicht eine zweite Petition auch aus Sicht der Künstler noch an den Herrn Ostermayer schicken. Danke (*Applaus ÖVP*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Mir liegt also neben dem dringlichen Antrag jetzt auch ein Abänderungsantrag vor. Wenn ich richtig verstanden habe, wird dann auch noch ein Zusatzantrag gestellt für den Fall, dass es den Abänderungsantrag nicht geben soll, oder wurde gestellt, müssten wir dann auch noch abstimmen. Beginnen wir mit dem Abänderungsantrag.

Der Abänderungsantrag der Piratenpartei wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, Grüne und Piratenpartei) abgelehnt.

Der Antrag wurde mit Mehrheit (gegen Grüne) angenommen.

Der Zusatzantrag der Piratenpartei wurde einstimmig angenommen.

Bgm. Mag. **Nagl**: Jetzt darf ich vorschlagen, dass wir betreffend der Erhöhung der Öffi-Preise auch die dringlichen Anträge zusammenfassen. Wir haben einmal den Antrag zur dringlichen Behandlung vom Herrn Gemeinderat Manfred Eber, der betrifft: Keine Erhöhung der Öffi-Preise, wir haben einen dringlichen Antrag von

Herrn Gemeinderat Werner Savernik, der auch die Verbund-Jahreskarte mit 365 Euro erreichen möchte.

2) Keine Erhöhung der Öffi-Preise

GR. **Eber** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Eber**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Mitglieder der Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Die Fragen des öffentlichen Verkehrs spielen hier, aber nicht nur hier natürlich, sondern vor allem auch bei der Grazer Bevölkerung eine immer große Rolle. Das zeigt nicht zuletzt die jüngst veröffentlichte Statistik über die Lebensqualitätsindikatoren, also dort kann man herauslesen, dass gerade bei den Kosten für den öffentlichen Verkehr, also für die Tarife, die der Einzelne zu bezahlen hat, ein eigentlich sehr großer Handlungsbedarf herrscht und zwar, wie ich annehme in Richtung einer Verbilligung derselben. Nun ist es so, dass seit vielen Jahren bereits pünktlich mit 1. Juli die Tarife erhöht werden und zwar durchschnittlich bis zu 1,75-fach des Verbraucherpreisindex, das ist in den letzten Jahren eigentlich auch immer zur Gänze ausgeschöpft worden. Das bedeutet nun natürlich, dass die Tarife für den öffentlichen Verkehr in einem viel stärkeren Ausmaß teurer werden, als das der VPI allgemein ist. Nun haben wir gehört, es hat ja in der Fragestunde schon eine kurze Diskussion gegeben, der Herr Stadtrat Rüschi hat gesagt, ja, man versucht mit 399 Euro noch knapp unter der heute noch magischen Grenze von 400 Euro zu bleiben, das ist meines Erachtens ein immer noch sehr hoher Preis und, wie gesagt, es sind ja auch heute im Ausschuss vorgelegt worden die Vergleichszahlen beispielsweise zu Salzburg und Innsbruck, also wo die Preise für die Jahreskarte sehr viel höher sind, es ist aber auch vorgelegt worden der Tarif für Wien mit 365 Euro im Jahr, die ein

unvergleichlich größeres und, wie ich meine, besseres Angebot an öffentlichem Verkehr haben, nicht dargestellt wurde allerdings der Preis für Linz. Dort ist es so, dass die Jahreskarte, ich kann es nicht auf den Cent oder auf den Euro genau sagen, aber ungefähr 380/390 Euro kostet, allerdings für die Bewohner und Bewohnerinnen von Linz es einen Zuschuss gibt, also das bedeutet, dass die Linzerinnen und Linzer, also die den Hauptwohnsitz in der Stadt haben, lediglich 285 Euro bezahlen. Grundlage für die Tarifierhöhung ist eine Vereinbarung aller im Verbund vereinten Unternehmen, eben wie gesagt, diese Preiserhöhungen bis zum 1,75-Fachen des Verbraucherpreisindex durchzuführen. Eine weitere Anhebung der Tarife erscheint mir als völlig kontraproduktiv, es gibt ja eine Unzahl von Problemen, die damit im Zusammenhang stehen, also von der Feinstaubproblematik bis hin zum Parkplatzmangel für den Individualverkehr, es geht aber letztlich auch um soziale Fragen in diesem Zusammenhang und durchaus auch um ein Recht auf Mobilität. Ich möchte in diesem Zusammenhang noch ausdrücklich darauf hinweisen, nachdem es ein Dringlichkeitsantrag ist, dass der Antrag natürlich so zu verstehen sein muss, dass damit keine Mehrkosten für die Stadt Graz entstehen.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

dringlichen Antrag:

Der Gemeinderat der Stadt Graz fordert die von der Stadt Graz in den Lenkungsausschuss des steirischen Verkehrsverbundes entsandten Mitglieder auf, gegen die geplanten Tarifierhöhungen zu stimmen und auf eine Vertragsänderung zu drängen, die die bislang zustehenden jährlichen Preisanhebungen um das bis zu 1,75-Fache des VPI verunmöglicht. Ich ersuche um Annahme. Dankesehr (*Applaus KPÖ*).

3) Verteuerung der Verbund-Halbjahres- bzw. Jahreskarten

GR. **Savernik** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Savernik**: Werter Bürgermeister, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, werte Zuseher auf der Tribüne! Es ist ein kleines Hin und Her heute. Man hört es ist eine Einigkeit, die schon geschehen im Verkehrsverbund mit 399 Euro. Es gibt keine Dringlichkeit, plötzlich höre ich, es gibt wieder eine Dringlichkeit für diesen Antrag. Ich bin sehr froh, Manfred, dass du den Antrag auch eingebracht hast, damit er zeigt, wie dringlich es wirklich ist, und zwar, wo ist das Problem, wenn es zu einer Erhöhung kommt? Das Problem ist, dass es einfach ein vollkommen, ein wirklich vollkommen falsches Signal ist, das die Stadt Graz setzt. Da geht es wirklich darum, dass Menschen wirklich bestraft werden, die sich für die Umwelt einsetzen, die wirklich umsteigen wollen von dem motorisierten Individualverkehr auf die Öffentlichen und jetzt setzen wir ein Zeichen und bestrafen die. Und zwar die, die das ganze Jahr fahren wollen, bestrafen wir, die nur die Stundenkarte nutzen, die würden jetzt gleich bleiben, also es ist ein vollkommen falsches Signal. Ich erspare es mir wirklich, meinen ganzen dringlichen Antrag und Motivenbericht vorzulesen, der Manfred hat das wunderbar gemacht, ich stimme wirklich in allen Punkten überein und es ist möglich, eine Lösung zu finden im Verbund, dass es der Stadt Graz nichts kostet, aber man muss mutig sein und dieser Mut scheint anscheinend jetzt sämtlichen Stadtpolitikern zu fehlen, der Mut fehlt auch dem Verbund, es wird einfach immer die Maximalsumme 1,75 mal VPI dort ausgehöhlt und was machen wir, wir schauen wieder zu, wie es teurer und teurer wird und wir haben ein Riesenproblem. Wir haben ein Problem, dass die Leute jetzt einfach einmal sagen werden, ich fahre nicht mehr öffentlich, wenn wir das haben, dann ist es wirklich kontraproduktiv gegenüber allen Beschlüssen, die wir da im Gemeinderat gefasst haben.

Mein

d r i n g l i c h e r A n t r a g

ist: Der Gemeinderat der Stadt Graz fordert den zuständigen Verkehrs- und Umweltlandesrat Dr. Gerhard Kurzmann auf, Maßnahmen über das Landesbudget beziehungsweise über Tarifumschichtungen zu setzen, um die Reduzierung der Kosten der Verbund-Jahreskarte für eine Zone auf 365 Euro zu erreichen; ebenso sind auf diesem Wege entsprechende Verbilligungen der Jahreskarten für Mehr-Zonen-BenutzerInnen anzustreben. Dankesehr (*Applaus SPÖ*).

GR. **Haberler** zur Dringlichkeit: Geschätzte Kollegen! Uns von der ÖVP ist der öffentliche Verkehr sehr wichtig. Der öffentliche Verkehr ist in Graz auch eine umweltpolitische Maßnahme durch die Kessellage und genau aus diesen Gründen und vielen weiteren, ich will das nicht in die Länge ziehen, ist es für uns wichtig, dass wir eine günstige Jahreskarte haben im Vergleich, dass die Leute ein Jahresticket haben, damit sie auch wirklich die Straßenbahn für den täglichen Verkehr nutzen können. Und der Punkt ist immer, wenn es um alles geht, es geht um die Finanzierung, wenn wir jetzt das aussetzen würden die Erhöhung, das würde uns 2,6 Millionen Euro kosten, das sind in zehn Jahren 26 Millionen Euro. Wir haben noch immer keine Südwest-Linie, wir wissen nicht, wie wir sie finanzieren, aber wir setzen einfach die Erhöhung aus. Uns war es immer ein Anliegen, dass wir Umschichtungen machen so, dass die Stadt Graz keinen Euro mehr zahlt, aber dass auch nicht die Erhöhung in diesem Ausmaß kommt, wie sie geplant war. Uns war es ein Anliegen, dass es unter 400 Euro bleibt, das ist jetzt erreicht und deswegen werden wir den Kommunisten zur Dringlichkeit nicht zustimmen, wohl aber dem Herrn Kollegen Savernik zur Dringlichkeit, weil er genau aus diesen Gründen, sprich Umschichtung usw., das nicht die Stadt Graz das Budget von uns belastet, sondern die Kreativität

fördert, wie man das machen kann und deswegen stimmen wir der Dringlichkeit des Kollegen Savernik zu (*Applaus ÖVP*).

GR. Ing. **Lohr**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat, sehr verehrte Zuhörer, sehr geehrte Antragsteller! Wir haben jetzt eine Fülle von Anträgen zum öffentlichen Tarif, wir machen uns alle Sorgen, dass die Tarife nicht zu teuer werden. Natürlich verschließen wir Freiheitliche uns auch nicht der Diskussion. Es ist schon ausgeführt worden, es ist weniger eine Sache der Verkehrssprecher und der Verkehrsagenden als vielmehr eine Finanzfrage. Stadtrat Rüschi hat in der Fragestunde schon einiges Grundsätzliches gesagt, die Gestaltungshoheit und so die bestehenden Verträge liegen beim Verkehrsverbund. Hier ist eben dieser Automatismus für die jährliche Erhöhung enthalten, muss man auch wissen, der Verkehrsverbund besteht aus 63 Unternehmen und die Graz Holding ist eine Stimme als größtes Unternehmen in dem Verbund, hat aber nur eine Stimme. Auch hier sehen wir Freiheitlichen Handlungsbedarf, als größte Kommune, als größtes Transportunternehmen, wäre auch hier einmal die Stimmengewichtung zu hinterfragen (*Applaus FPÖ*). Ist ein Zukunftsthema, dem wir uns nicht verschließen. Ebenso der angesprochene Automatismus mit der Verbraucherpreisindexerhöhung mal 1,75, auch über den kann man in Zukunft natürlich diskutieren, hier müssen wir wissen, dass der Vertrag aber bis Ende 2014 läuft und bis dahin uns die Hände gebunden sind. Ich kann jetzt auch eine Abhandlung ausführen, wie eben diese Tarife entstanden sind, ich nehme nur einen Punkt heraus, Kollege Haberler hat darauf hingewiesen, welche Möglichkeiten die Gebietskörperschaften haben für die Änderungen im Verbundtarif. Wenn wir hier zusätzliche Ermäßigungen oder günstige Fahrpreise wollen, sind den Verkehrsunternehmen die entstehenden Einnahmeausfälle zu ersetzen. Das heißt, wenn man das wirtschaftliche Risiko, das ja bei den Verkehrsunternehmen liegt, diese müssen dann vom Besteller ausgeglichen

und finanziert werden, das heißt, da kommen wir nicht weiter; jetzt zu den Anträgen von den Kollegen. Kollege Eber fordert das Mitglied im Lenkungsausschuss im Verkehrsverbund auf, gegen diese Erhöhung zu stimmen, ich glaube, das träfe den Dr. Kamper, der dort zwar eine Gegenstimme machen könnte, wäre aber sinnlos, weil in diesem Gremium besteht momentan das Einstimmigkeitsprinzip, wenn wir auch dagegen stimmen, tritt der Automatismus sowieso in Kraft, dass der Verbraucherpreisindex mal 1,75 erhöht wird. Das heißt, der Antrag in diesem Fall ist sinnlos, weil er dem Ansinnen nicht nachkommt.

Kollege Savernik in seinem Antrag macht sich auch um die Jahreskartengebühr Sorgen, auch hier sehen wir keine Dringlichkeit, wir haben heute gehört, bei den Jahreskartentarifen hat sich was getan, sie werden nicht so stark erhöht, das heißt, der Antrag ist nicht dringlich und eines muss ich dem Kollegen Savernik, so wie solche Anträge, die ja zwecklos sind, weil sie dem Ziel nicht entsprechen, uns erspart bleiben. Also beiden Anträgen hier verweigern wir die Zustimmung (*Applaus FPÖ*).

GR. **Dreisiebner**: Zum Kollegen Lohr, unsere Fraktion war durch den...

Aufgrund eines technischen Gebrechens konnten die Wortmeldungen von GR. Dreisiebner, GR. Eber, GR. Savernik und Teile der Wortmeldung von Bgm. Mag. Nagl nicht protokolliert werden. (Anmerkung der Schriftleitung)

Bgm. Mag. **Nagl**: ...und dort sagst du, stimme dagegen und dann kommt unser Automatismus, dann kommt irgendwas raus und das ist auch richtig, wenn ausgeführt wird, dass es schon eigenartig ist, dass es nach wie vor kaum eine

Zusatzfinanzierung von Umlandgemeinden zum Verkehr gibt, mir tut das weh, die Stadtgrenze erkennen zu müssen, weil dort immer Umdrehschleifen für unsere Busse sind. Die Grazer Stadtgrenze erkennst du, wenn nicht einmal zusammen, miteinander arbeiten, auch die Umlandbürgermeister in den seltensten Fällen, dass einer ein bisschen ein Geld auslässt, es gäbe gerade aus dem Bereich Süden, wo die Hauptverkehrsströme sind, genügend Umlandbürgermeisterinnen und -bürgermeister, die mithelfen könnten und mit uns einmal darüber debattieren, wieviel sie zahlen. Dass der Bus wirklich immer an der Stadtgrenze stehen bleibt, umdreht und wieder zurückfährt, ist eh schon ein Armutszeugnis, da müssten wir eh hinausfahren. An dem wollen wir jetzt arbeiten, da wird es im Frühjahr noch eine Enquete geben, wo ich das zum Vorschlag mache, dass das ein Ende hat und das ist das, was mich so aufregt, weil wir tun uns da so gegenseitig zuschieben, da wäre wer schuld, nein, du kannst bei dem Antrag nicht mitgehen der KPÖ, kannst die Dringlichkeit zuerkennen, die Debatte haben wir eh jedes Jahr, ist mehr als dringlich, aber der Inhalt ist insofern falsch, weil wenn du den Herrn Kamper beauftragst, nein zu sagen, haben wir einen Automatismus, der ist vereinbart und wenn wir den nicht wollen, gehen uns Millionenbeträge verloren. Und eines möchte ich auch sagen, Herr Savernik, das ist mir auch wichtig, es wird immer so dargestellt, als wäre es eine Bestrafung für die Bürgerinnen und Bürger. Bitte sagen wir noch deutlicher den Menschen, dass wir bei dieser Karte 300 oder über 300 Euro jedem schon dazuschicken, weil wenn du den effektiven Preis nehmen würdest, ist es schlimm. Ich muss mir von manchen Umlandbürgermeistern erzählen lassen, dass ein Dazugehen zu Graz ein Alptraum wäre, weil da wären gewisse infrastrukturelle Kosten wie Wasser oder Strom oder Fernwärme oder sonst was höher als außerhalb. Ja, aus einem guten Grund, die Gewinne, die wir dort machen, gehen steuerfrei in den öffentlichen Verkehr, das wissen da herinnen mittlerweile, glaube ich, auch alle und deswegen sollten wir einfach einmal sagen, bitte keine Schuldzuweisungen da herinnen, ändern kann das nur der Landes- und Bundesgesetzgeber und die haben bislang wenig dazu beigetragen.

Die Dringlichkeit des KPÖ-Antrages wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, SPÖ, Grüne und Piratenpartei) abgelehnt.

Die Dringlichkeit des SPÖ-Antrages wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ) angenommen.

GR. **Savernik** zum Antrag: Danke für die Klarstellung. Die Bestrafung ist vor allem in die Richtung der Zeitkartenbenützer und das ist mein Problem, dass die, die Jahreskarten haben, die wir eigentlich haben wollen, die werden bestraft und das ist mein eigentlicher Ansatz in dem Spiel, denn der, der eine Stundenkarte hat, der fährt weiterhin mit 2.10 und an die Jahreskartenbenützer, die, die wir wollen, die werden mit 11 Euro plus jetzt zur Kasse gebeten. Alle anderen Sachen sind wir uns ja eh einig, aber es ist ein falsches Signal den Zeitkartenbenützer, die ohnedies immer bestraft werden. Beim Frischluftticket haben sie dreingeschaut, bei der Altstadtbim schauen sie drein, also die werden permanent bestraft und jetzt, was machen wir, wir lassen wieder eine 11-Euro-Erhöhung zu, das war mein Satz und das möchte ich eigentlich auch diskutieren, dass man sagt, wieso können wir innerhalb dieser Tarife nicht so verschieben, dass es keine Mehrkosten sind, sondern dass die Jahreskarten, die die uns lieb sind, bevorzugt werden. Bevorzugen heißt für mich Reduzierung, sprich 365 Euro, und ich gehe jetzt einmal vom Beispiel Wien aus, die haben das auch gemacht, klar, die müssen dazuzahlen, das ist mir auch bewusst, die haben eine U-Bahn-Steuer, das wissen wir alles. Aber worum geht es, die haben einen Anstieg, einen enormen Anstieg in den letzten zwei Jahren von den Zeitkarten gehabt, das heißt, der Modal-Split hat sich dort gewaltig verändert. Es ist ein wunderbares Ergebnis gewesen, aber mit der Konsequenz, dass die Stundenkarte natürlich angehoben wurde und die Stundenkarte, die man in den Fahrzeugen kauft, nochmals angehoben wurden um 10

Cent. Also das sind Mehreinnahmen und zugunsten der Jahreskartenbenutzer. Das kann man auch öffentlich diskutieren, weil das ist ein Signal und es hat einfach mehr Charme, wenn ich sage, ich fahre um einen Euro pro Tag, wenn man die Jahreskarte runterrechnet von 365 Euro und es hat keinen Charme, wenn ich sage, ich fahre um 1.06342 periodisch am Tag, es ist einfach nicht schick. Daher würde ich mir einen Euro am Tag einfach wünschen (*Applaus SPÖ*).

StR.ⁱⁿ **Kahr**: Ich wollte eigentlich nur noch, ich habe nicht genau aufgepasst, weil ich gedacht habe, wir sind schon beim Inhalt, aber ich denke, mein Kollege, der Gemeinderat Robert Krotzer, wird sich dann eh noch einmal melden, weil uns das nicht egal ist. Wir reden, ich bin jetzt seit 1993 da im Gemeinderat, wir sind ein bisschen, was den Ausbau des öffentlichen Verkehrs betrifft, auch weitergekommen und ich weiß, wie schwer das ist und es ist egal, auch wenn die KPÖ das Ressort hätte, wäre das nicht anders. Weil die wichtigste Frage tatsächlich die der Finanzierung ist, wie können wir Mittel lukrieren, um den öffentlichen Verkehr, der dringend notwendig ist, weiter auszubauen. Aber, und das muss ich jetzt auch immer sagen, weil es immer heißt, die KPÖ hat keine Vorschläge, wir trommeln da seit 15 Jahren ganz konkret eine Forderung, jetzt mag die auf Mehrheit stoßen oder nicht, aber es ist ein Vorschlag gewesen und der würde auch etwas bringen und es würde auch funktionieren, weil die Stadt Wien hat eben diese Nahverkehrsabgabe, und ich sage jetzt bewusst, von den Unternehmen und eben nicht die Nahverkehrsabgabe von allen, das ist unsere Linie, das ist ein Beitrag, den wir einbringen möchten und auch diskutiert haben möchten mit eben VertreterInnen vom Bund, Land, mit den Interessensverbänden und auch hier mit allen Kolleginnen und Kollegen und es wird nur gehen, wenn wir einen Schulterchluss haben und vielleicht gibt es auch noch Kollegen da herinnen, die noch einen besseren Vorschlag haben, der aber nicht dazu führt, und da bin ich jetzt auch schon dabei, und deshalb ist der Antrag von meinem

Kollegen Gemeinderat Eber wichtig gewesen, nicht erst wieder zu einer Massenbelastung der mittleren EinkommensbezieherInnen führt, weil das ist der Punkt, wenn es immer um die jährlichen automatischen Gebührenerhöhungen, vor allem bei den Halbjahres- und JahreskartenbezieherInnen geht. Da hat der Kollege Savernik vollkommen Recht, wir sind da wirklich bei einem Punkt angekommen, der nicht ohne ist. Und deshalb verstehe ich nicht, warum man einen Dringlichkeitsantrag, wie der Gemeinderat Robert Krotzer ihn letztes Mal eingebracht hat, ablehnen kann, der war nämlich vernünftig und hätte genau das zum Ziel gehabt, was der Herr Bürgermeister vorhin angedacht hat (*Applaus KPÖ*).

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Ich finde, wir müsse wirklich aufpassen, dass wir nicht gnadenlos populistisch sind, das muss einfach einmal gesagt werden. Wenn wir für den Antrag von der ÖVP, für den Antrag vom Kollegen Savernik sind, dann eben vor dem Hintergrund, dass er den Antrag gestellt hat, dass wir das durch Tarifumschichtung machen, da finde ich nichts dagegen, große Diskussion eröffnet und kann man darüber sehr gut debattieren. Ich denke bei dem gnadenlosen Populismus ist die KPÖ wirklich an erster Stelle, liebe Elke Kahr, ich verstehe dich auch nicht, wenn du immer wieder die Nahverkehrsabgabe bringst. Wir wissen, die Nahverkehrsabgabe ist bis jetzt jedenfalls nicht gekommen und obwohl wir uns alle bemühen, sie kommt nicht und das jetzt immer als Feigenblatt zu nehmen und zu sagen, wir erhöhen die Tarife nicht mehr, wir bleiben gleich, da gibt es einen zusätzlichen Finanzierungsbedarf und wir machen eh immer den Vorschlag für die Nahverkehrsabgabe, das ist ein Feigenblatt, wir wissen...

Zwischenruf StR.ⁱⁿ Kahr: Das ist kein Feigenblatt.

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Das ist ein Feigenblatt, weil wir haben sie nicht, wir haben sie nicht hier und wir haben sie nicht jetzt. Wir haben genügend Vorschläge gemacht, hat der Bürgermeister ausgeführt, selbstverständlich Vorschläge gemacht über die zusätzliche Verkehrsfinanzierung mit dem Vorschlag mit den zehn Euro, angerechnet auf die Jahreskarte. Ich glaube, Vorschläge gibt es genug. Zweite Geschichte ist das, wo ich mich auch vehement dagegen wehre, das hat uns auch der Kollege Hensle sehr gut heute ausgeführt, ich finde, wir dürfen die Verkehrstarife nicht mit sozialpolitischen Aufgaben überfrachten. Tarife haben eine verkehrspolitische Bedeutung, Umweltbedeutung usw., aber Sozialpolitik sollen wir natürlich nicht damit machen. Wir haben abgesehen davon Sozialpolitik gemacht, wir haben die SozialCard, wir haben letztes Jahr die SozialCard eingeführt, die uns knapp zwei Millionen Euro kosten pro Jahr, wo wir denen, die das geringste Einkommen haben, um 50 Euro eine Jahreskarte zur Verfügung stellen, haben wir auch gemacht. Ein letztes Wort noch zum Karl Dreisiebner. Da sind wir einfach unterschiedlicher Auffassung, lieber Karl. Du gehst davon aus, sagst, es ist ein schlechtes Zeichen und man soll das Geld, ich sage es jetzt ganz simpel, das wir haben, in Tarifreduktionen einsetzen, ich bin dagegen. Ich bin dagegen, wir haben eben trotz dieser 1,75-fachen Erhöhung des VPI im Laufe der letzten Jahre sehr, sehr beachtliche Fahrgaststeigerungen zusammengebracht. Ich bin dafür, dass wir das Geld, das wir haben, und wir haben einiges, wir haben auch einiges, das noch unberührt von den 100 Millionen liegt, etwa Planung für die Südwest-Linie. Ich bin dafür, dass wir die Gelder, die wir haben, für die Angebotsverbesserung einsetzen, wir brauchen nicht nur neue Straßenbahnlinien, wir brauchen auch neue Straßenbahngarnituren, wir brauchen auch Busverdichtungen und wenn wir uns öfter beklagen, dass in der Früh etwa die Straßenbahnen überfüllt sind, dann weiß ich nicht, ob da das richtige Zeichen ist, dass wir mit dem Tarif der Jahreskarte möglicherweise sogar noch runtergehen, sondern ich denke mir, wir brauchen zusätzliche Straßenbahnen. Ich glaube, dass wir mit der Tarifpolitik insgesamt durchaus auf einem guten Kurs sind, es wird einiges überlegt werden, aber das Geld, das wir zur Verfügung haben, würde ich

jedenfalls in erster Linie in Angebotsverbesserungen hineinstellen. Die 399 Euro sind natürlich ein bisschen ein komischer Preis, das ist klar, aber ich bin trotzdem froh, dass es gelungen ist, damit die Erhöhung nahezu auf die Hälfte zu reduzieren; es sind elf Euro mehr und es ist uns jedenfalls gelungen, einfach durch Umschichtung, wir müssen jedenfalls dafür nichts bezahlen und das finde ich durchaus ein großer Erfolg, auch für den Verkehrsverbund (*Applaus ÖVP*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich darf die 24 Schülerinnen und Schüler der 5b-Klasse Bautechnik der HTL Ortweingasse und die beiden Pädagoginnen ganz herzlich begrüßen, die auf der Galerie sind (*allgemeiner Applaus*).

GR.ⁱⁿ **Bergmann**: Herr Bürgermeister, ich möchte Sie jetzt einfach beim Wort nehmen. Die Diskussion, die wirklich seit Jahren hier schon sozusagen sich im Kreis dreht, wir alle wollen vernünftige Preise beim öffentlichen Verkehr und Sie haben jetzt ein Plädoyer hier gesprochen, machen wir eine gemeinsame Pressekonferenz. Ich würde Ihnen wirklich den Vorschlag machen und Sie bitten, machen wir eine gemeinsame Pressekonferenz, um einfach dorthin, wo die Adresse ist, einmal unser Anliegen weiterzubringen, machen wir auch eine gemeinsame Petition ans Land, ich denke, wenn wir uns zusammensetzen, dann wird es nicht so schwer sein, hier zumindest einen gemeinsamen Nenner zu finden, in welchen Bereich wir einen gemeinsamen Vorstoß an die richtige Adresse machen können. Wir sollten hier nicht immer nur hier herinnen reden, sondern wir sollten auch das, was Sie hier vorschlagen, durchaus umsetzen (*Applaus KPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich habe mit der Frau Stadträtin Kahr schon ausgemacht, dass wir es gemeinsam tun, ich werde auch die anderen Kolleginnen und Kollegen dazu einladen, dass wir das möglichst bald einmal tun, es brennt uns allen unter den Nägeln. Jeder weiß, dass da ein Handlungsbedarf da ist, sonst werden wir diesen Individualverkehr niemals ändern in Richtung öffentlicher Verkehr.

StR. Mag. (FH) **Eustacchio**: Herr Bürgermeister, meine sehr verehrten Damen und Herren, werte Zuseher! Es ist schon viel gesagt worden, die Rechtskonstruktion ist klar, ich weiß, dass das viele nicht wahrhaben wollen, wir befinden uns aber in einem Rechtsstaat, wo wir halt auch diese Verträge einzuhalten haben. Wenn die Verträge ausgelaufen sind, dann gilt es, neu zu verhandeln, dann kann man auch diese, unsere Bedenken einfließen lassen, unser aller Bedenken und ich glaube, es ist sehr müßig zu betonen, dass uns der öffentliche Verkehr allen am Herzen liegt und dass wir versuchen, in diesem System an allen Ecken zu ziehen. Auf der einen Seite Verträglichkeit, was die Kartenpreise anbelangt und auf der anderen Seite auch die Möglichkeit, das notwendige Angebot legen zu können und genau in diesem Spannungsfeld befinden wir uns. Würden wir auf der einen Seite auf Einnahmen verzichten, die auch von den Fahrgästen kommen, können wir auf der anderen Seite natürlich auch wieder die Angebote, wie es der Herr Kollege Rüschi schon ausgeführt hat, nicht in der Dimension aufrecht erhalten und wenn wir von steigenden Fahrgastzahlen sprechen, dann wissen wir, dass wir genau dieses Angebot ausweiten müssen. Und ich wäre sehr dankbar, wenn gerade jene, die hier immer wieder, die sozusagen auch, ich übertreibe es jetzt ganz bewusst, Gratisgesellschaft fordern, auch einmal aufzeigen würden, wo wir denn dieses Geld herbekommen sollen, wo wir denn die Einsparungen tätigen werden, die dann dazu führen, dass wir dort mehr Geld haben. Ich wäre Ihnen sehr dankbar, weil irgendwo (*Applaus FPÖ*) wird dann jemand anderer aufstehen und sich beschweren und was für eine Sauerei das doch ist

und Sie werden wieder hier heraußen stehen und sagen, wie unverantwortlich das doch von uns ist, dass wir diese Angebote zurückgefahren haben. Und das gilt auch einmal in diese Diskussion einzubringen und zum Thema dieses Gejammere von dir, lieber Gemeinderat Savernik, wie unfair das doch ist, die Jahreskarte ist im Besonderen bezuschusst ja, weil wir ja genau das wollen, dass die Fahrgäste möglichst ein Langzeitticket kaufen und deswegen ist die Stundenkarte viel weniger bezuschusst, also im Verhältnis viel teurer als die Jahreskarte. Dem wird ja entsprochen, du tust ja gerade so, als ob die Stundenkarte eigentlich viel zu billig ist und das Ticket viel zu teuer, das ist ja nicht der Fall, das ist ja unwahr. Und deswegen bitte hier keine Unwahrheiten verbreiten, sondern die Tatsachen herausbringen und das was wir tun können, das tun wir und wenn du mir dann sagst, wo wir das einsparen, wäre schön, einmal im Sozialbereich einzusparen, aber das ist ja leider uns vorgegeben, weil wir ja da Fixvorgaben haben, aber in dem Rahmen, wo wir uns bewegen müssen mit diesen frei verfügbaren Mitteln, müssen wir halt sehr sparsam umgehen und schauen, wo die Prioritäten zu setzen sind. Bitte auch einmal berücksichtigten (*Applaus FPÖ*).

GR. **Dreisiebner:** Bitte den Kollegen Lohr und seine Äußerungen aus der fünften/sechsten Reihe unbedingt protokollieren, damit auch in Zukunft noch über das Niveau hier nachgelesen werden kann. Herr Bürgermeister, ich glaube nicht, dass es eine rein populistische Haltung ist zu fordern, dass wir über diesen jetzt bestehenden Verbundvertrag wirklich offensiv auch als die größte und die zentrale Gemeinde Stadtgemeinde des Landes Steiermark einmal eine Initiative setzen und deutliche Initiativen dazu setzen und eine deutliche Haltung einnehmen, das halte ich für sehr, sehr wichtig.

Zwischenruf GR. Rajakovics: War die letzten fünf Jahre wer anderer zuständig.

GR. **Dreiebner:** Wir sind die Landeshauptstadt, wir sind der größte Teil dieses Verbundgebietes mit den meisten beförderten Personen beziehungsweise mit den meisten angebotenen Leistungen im Nahverkehr. Und deswegen kann ich auch Kollegen Ebers Vorstoß unterstützen, dass wir einmal ein Signal durch den Vertreter der Stadt Graz in dieser Verbundabstimmung und -entscheidung setzen. Weil nur darüber zu reden und dann, wenn der neue Vertrag kommt, dann werden wir dann schauen, was geht, das weiß ich nicht, das ist ja nicht neu. Es ist, wie gesagt, keine populistische Haltung und, Gerhard Rüscher, es ist keine Frage der reinen sozialpolitischen Dumpingtarif- und Gratisgesellschaftshaltung, es geht hier darum, dass wir noch mehr umsteuern vom Autoverkehr in Richtung des öffentlichen Personennahverkehrs in Richtung der Nutzung unserer Straßenbahnen und Busse. Das ist für Graz wichtig, weil wir eine wachsende Stadt sind, weil mehr Wege für die einzelnen Personen da sind, weil immer mehr Menschen auch in die Stadt hineinkommen, um hier zu arbeiten, um die Schule oder das Studium usw. zu machen und weil auch GrazerInnen mittlerweile hinausfahren, um dort die Arbeit zu machen und wenn das alles immer mehr und immer nur mit dem Auto passiert, auch wenn es auf der einen Seite wachsende Fahrgastzahlen bei der Holding Graz Linien gibt, es gibt auch wachsende Zahlen auf unseren Straßen, es gibt auch wachsende Zahlen, was die gefahrenen Autokilometer betrifft und wir stehen dort an der Grenze oder weit drüber. Und das, was Stadträtin Elke Kahr gesagt hat, die Nahverkehrsabgabe weiter zu trommeln, wie auch in die Verhandlungssystematik und Automatismus hinein einmal ein Signal zu setzen, das ist etwas, was wir einfach jeden Tag tun müssen, das müssen wir jeden Tag tun. Ich kann nicht immer nur fragen, wo nehme ich das Geld her und ich habe es nicht, ganz ehrlich, ein Stückchen hinunter von da an

der Puntigamer Brücke, da werden 160/165 Millionen vergraben, komisch, das Geld gibt es schon, nur für was anderes gibt es das Geld nicht. Ich habe vorhin schon aufgeführt, die volkswirtschaftlichen Kosten, die der Autoverkehr, die Umweltverschmutzung usw. verursacht, die wirtschaftlichen Schäden, die das Zuspätkommen, der Stau usw. auslösen, das sind alles Dinge, die man noch weiter tun kann. Noch einmal zurück zu Gerhard Rüscher, ja, wir müssen ausbauen, wir müssen das Angebot verbessern, wir kriegen neue Straßenbahnen, wir kriegen neue Busse, die Bestellungen sind schon aus der vorigen Periode, wo aber sind die Straßenbahnen mit Mittelteilen, die noch mehr Personen transportieren könnten und wo sind neue Bestellaufträge für neue Gelenksbusse, die sehe ich nicht (*Applaus Grüne*). Was sehe ich und was sagen uns die GrazerInnen? Dass ihre Fahrzeuge nicht mehr pünktlich kommen, dass gewisse Buslinien zurückgenommen werden, Stichwort 63er, und scheinbar nicht daran gedacht wird auch nur in irgendeiner Form wieder St. Peter Zentrum anzufahren oder sogar noch weiter nach Süden zu fahren, das ist die Wahrheit, die es auch gibt und dazu haben wir dann die Tarifautomatik. Es gibt, wie gesagt, andere Bundesländer, in Wien hat es Rot/Grün und die Stadträtin Vassilakou geschafft, dieses 365-Euro-Jahresticket für ein wirklich sehr gutes System, wo die U-Bahn schon hingebaut wird in Stadtteile, die erst in einem Jahr besiedelt werden, aufzusetzen und zu halten und sie müssen immer mehr Material einsetzen, weil sie so große Fahrgastzuwachszahlen haben. Wien hat das selbe Problem wie Graz, wir gehen es anders an, wie es scheint, ich hoffe vielleicht doch einmal nicht (*Applaus Grüne*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Herr Gemeinderat Dreisiebner, das ist nicht die erste dringliche Petition, die in Richtung Land Steiermark geht und ganz, ganz wichtig, Sie haben es miterlebt in den letzten fünf Jahren als Mitglied der grünen Fraktion, mit der Verkehrsreferentin Lisa Rücker, die dieselbe Ausgangsposition, dieselbe Eingrenzung

hatte, dass wir von den 365 schon über 380 gekommen sind. Auch Lisa Rücker als Stadträtin hat gegen diesen Automatismus nichts tun können und ich sage euch noch einmal, es wird nichts anderes passieren, es sei denn, wir erhöhen den Druck, vielleicht einmal mit den Umlandgemeinden auch gemeinsam, dass im Land Steiermark man sich endlich getraut, sich dieses Themas anzunehmen. Das wäre einer Landesregierung mit diesem brennenden Problem würdig und man kann nicht immer nur schauen, wie denn einige Regionalbusse fahren. Wir wissen, was das alles kostet. 100 Millionen für Variobahnen, zig-Millionen für die Busse, die Werkstätten, neue Linienführungen, wir können ja bald nicht einmal mehr das, was die Menschen dringendst brauchen im öffentlichen Verkehr in den Investitionen erheben und der Betrieb kostet. Es klingt gut zu sagen, wir brauchen Mittelteile, aber Sie wissen genau so gut wie ich, dass wir die Mittelteile in der Rush-hour brauchen, danach wird uns das allein im Umbau der Haltestellen und im Betrieb viel Geld kosten.

Zwischenruf GR. Dreisiebner: Die Haltestellen sind schon umgebaut.

Bgm. Mag. **Nagl**: Ja, haben wir, aber haben wir schon investiert, aber das kostet alles unheimlich viel Geld, das sind Riesenstraßenbahnen, die dann durch Graz fahren werden, wahrscheinlich auch einen höheren Energieverbrauch haben werden, obwohl wir es unter Tag in der Form nicht brauchen werden in der Rush-hour, da brauchen wir sie in der Früh und am Abend, aber das sind alles Dinge, die wir da kennen. Also ich halte viel davon, wir machen einen Termin aus, wer dabei ist, ist dabei und dann versuchen wir mit einem gemeinsamen Appell, der viel lauter ist als

eine Petition, die sehr oft im Land Steiermark halt nur im Petitionsausschuss dann besprochen wird, einmal nach außen zu vertreten (*Applaus ÖVP*).

GR. Dr. **Wohlfahrt**: Herr Bürgermeister! Ich glaube wir sollten die Vergangenheit ein bisschen genauer anschauen. In der letzten Periode, fünf Jahren, wo die Lisa Rücker Verkehrsstadträtin war, ist einiges weitergegangen, wir haben hier ausgebaut. Die Tarife sind meistens angepasst worden, wir haben eine Erhöhung aufschieben können, die ist nachher aufgeholt worden, wie wir nicht mehr zuständig waren, ist nicht viel, ist ein bisschen was. Wir haben das Angebot deutlich ausgebaut. Es ist nur dann einiges passiert, wie es dann eng geworden ist, wie wir fast soweit waren, dass wir einen Bestellbeschluss für die langen Straßenbahnen zusammengebracht hätten, wo die ÖVP sich einige Zeit quergelegt hat, wie die Südwestlinie fast in die Planung gegangen wäre, da hat dann irgendjemand die beendet und das soll man auch nicht vergessen. Ich glaube, dass wir sehr weit waren, dass wir gute Schritte gemacht haben, aber wir hatten nicht die Möglichkeit, fünf Jahre die Dinge gemeinsam fertigzumachen, hier hat es vorher ein Ende gegeben, weil es ans Eingemachte gegangen ist, weil doch deutlich gewesen wäre, was hier noch weiter kommt und dann auf einmal ist es nicht mehr gegangen und wir haben einen Planungsbeschluss für die Südwestlinie und inzwischen, seit zwei Jahren, ist nicht sehr viel passiert. Schauen Sie sich an, wo der Zeitplan ist, wo wir sein sollten, wenn diese Verkehrspolitik, die damals angefangen hat, weitergeführt worden wäre, dort sind wir bei weitem nicht. Danke (*Applaus Grüne*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Herr Dr. Wohlfahrt, ich glaube, dass der Kollege Rüschi und auch einmal schon mit dem Herrn Josel wirklich viel geplant wurde, das hat nicht

angefangen vor fünf Jahren, sondern jetzt bin ich das 17. Jahr dabei, ich glaube, wir haben eine tolle Entwicklung im öffentlichen Verkehrsbereich, aber die Stadt wächst so rasant, dass wir die Anstrengungen erhöhen müssen. Das, was ich gemeint habe, ist, dass auch der Vorgängerin vom Herrn Stadtrat Eustacchio, Lisa Rücker, es nicht damals gelingen konnte aus dieser Umklammerung heraus auch Erhöhungen mitzutragen und da sind wir von den 365 auch schon weggewesen...

Zwischenruf StR.ⁱⁿ Rücker: Nein.

Bgm. Mag. **Nagl**: Sicher haben wir Anpassungen durchgeführt, wie es so schön heißt, es waren Erhöhungen, dass wir bis zu 380 gekommen sind und jetzt hätten wir über 400. Nein, es war nicht nachher, ich kann mich noch gut erinnern, wie die Frau Stadträtin darunter gelitten hat, dass wir...

Zwischenruf StR.ⁱⁿ Rücker unverständlich.

Bgm. Mag. **Nagl**: Aber sie mussten es genauso mittragen, um das geht es und deswegen sage ich nur, tun wir nicht Spiegelfechten, ändern werden wir das nur mit Hilfe der Gesetzgebung des Landes und des Bundes. Wir können uns nicht stärker bewegen (*Applaus ÖVP*).

GR. **Savernik**: Herzlichen Dank an alle Vorredner, es gibt nun ein Danke und ein Bitte. Das Danke an alle Parteien, die jetzt auch dabei sind, an alle Parteien, die auch dort bei diesem Medientermin dabei sein werden. Dann gibt es jetzt das Bitte. Lieber Herr Stadtrat Eustacchio, Mario, wo magst du im Sozialbereich Einsparungen machen, wo bitte, im Pflegebereich vielleicht, in der Jugendwohlfahrt, bitte sage uns das, weil das würde ich auch gerne hören. Danke, dass du das jetzt so schön offengelegt hast. Jetzt ein nächstes Bitte, bitte stimme da ab, dass du dabei bist, dass du das auch mitforderst, sei so ehrlich und sei dabei oder nicht. Ich sage, bitte stimmt mit. Ein weiteres Bitte, sei mit dabei bei der Medieninformation, weil dann, nur dann, dann bist du wirklich auf unserer Seite und dann bist du auf der Seite der Leute, die öffentliche Tickets günstig benutzen wollen und nicht immer nur deine Ausreden hören. Danke (*Applaus SPÖ, KPÖ und Grüne*).

Der Antrag wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ) angenommen.

Bürgermeisterstellvertreterin Mag.^a Dr.ⁱⁿ Schröck übernimmt um 15.25 Uhr den Vorsitz.

4) Ausweitung des steirischen „Top-Tickets“ auf Studierende

GR. **Krotzer** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Krotzer**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, sehr geehrte Mitglieder der Stadtregierung und des Gemeinderates, liebe Besucherinnen und Besucher auf der

Galerie! Schön auch, dass die Schulklasse hier ist, da steigen auch gleich die schauspielerischen Leistungen hier im Gemeinderat. Wir bleiben beim Thema öffentlicher Verkehr und diesmal ein bisschen spezifisch, und zwar geht es um das steirische Top-Ticket und um die Studierenden und ich möchte meine Ausführungen beginnen mit einer kurzen Auflistung von Verschlechterungen, die Studierende in den letzten Jahren getroffen haben. Das war einmal die Streichung der Familienbeihilfe ab 24 Jahren, das war die Kürzung der Wohnbeihilfe, die insbesondere auch Studierende betroffen hat, das war die Wiedereinführung von Studiengebühren und das war auch die Anpassung der Familienbeihilfe weit unter der Inflation. Das sind ein paar wenige Fakten, die den österreichischen und damit auch den Grazer Studierenden das Leben schwerer machen. Es ist bekanntlich so, dass 60 % der Studierenden während des Semesters arbeiten müssen, damit sie sich ihren Lebensunterhalt finanzieren können. Damit setzt sehr oft eine Spirale in Gang, dass das Studium verzögert wird, dass dann Studiengebühren fällig werden, dass dann oft es auch zum Studiumsabbruch kommt. Diese finanziellen Sorgen kombiniert mit steigendem Leistungsdruck führen dazu, dass laut der Studierendensozialerhebung ganze 45 % der österreichischen Studentinnen und Studenten an studienerschwerenden psychologischen Problemen leiden, also fast die Hälfte der österreichischen Studierenden. Gleichzeitig sorgt die genannte prekäre Situation dafür, dass vielfach nur mehr Kinder reicher Eltern studieren können, während für Kinder aus Arbeiterfamilien beziehungsweise Kinder mit migrantischem Familienhintergrund die Tore der österreichischen Hochschulen verschlossen bleiben.

Zwischenruf GR. Rajakovics: Aber nicht aus finanzieller Situation.

GR. **Krotzer:** Doch auch, also... Die studierende Sozialerhebung, ich kann es Ihnen aber auch anhand von meinem Beispiel erläutern, zwar ist es bei mir so, dass meine Eltern als höchsten Bildungsabschluss eine Lehre haben, ich gleichzeitig eine Hauptschule besucht habe, mit diesem Background schaffen es genau fünf Prozent der Kinder auf eine Universität, während es bei Akademikerfamilien 80 % sind, also so sind die Realitäten.

Zwischenruf unverständlich.

GR. **Krotzer:** Erstens bin ich jetzt am Wort und zweitens sind das durchaus finanzielle Gründe, Herr Rajakovics, Sie können sich dann zu Wort melden. Das ist jedenfalls die Tatsache, wie das im Bildungswesen aussieht, das ist nach wie vor hochgradig selektiv und dass es in der Krise auch weiter verstärkt wird. Jetzt ist mir auch klar, dass wir als Grazer Gemeinderat das nicht grundlegend ändern können, aber wir können einen kleinen Beitrag leisten, um die Situation vieler Studierender im Bereich der Ausgaben des öffentlichen Verkehrs zu erleichtern. Und damit zum Top-Ticket. Es ist mit dem Schuljahr 2013/2014 in der Steiermark eine preisgünstige Gesamtnetzjahreskarte für SchülerInnen und für Lehrlinge eingeführt worden, mit dem um 96 Euro möglich ist, alle öffentlichen Verkehrsmittel in der Steiermark zu benutzen. Es ist ein begrüßenswerter erster Schritt gewesen, dem jetzt ein zweiter Schritt folgen muss und zwar, dass eben auch Studierende, eben auch in Ausbildung befindliche junge Menschen auf dieses Top-Ticket Anspruch haben.

Als Universitätsstadt fällt Graz die Verantwortung zu, die zehntausenden jungen Menschen in der Stadt, die hier studieren, die hier auch zum Leben in der Stadt beitragen, bestmöglich zu unterstützen und nachdem wir auch erlebt haben, dass der

Mobilitätsscheck für Studierende gekürzt worden ist, wäre das jetzt eine Möglichkeit, die Situation zu verbessern und zu einer Entlastung der angespannten Situation vieler Studierender beitragen zu können. Zu der ganzen vorigen Debatte, die wir geführt haben, nur kurz ein Hinweis, was die Lebensqualitätsindexstudie ergeben hat und die hat ergeben, dass die Grazer Bevölkerung den allergrößten Handlungsbedarf bei den Lebenshaltungskosten, bei der Höhe der Fahrpreise für öffentliche Verkehrsmittel sieht, ist auf Seite 33 nachzulesen.

Aus all den genannten Gründen darf ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

dringlichen Antrag

einbringen: Die Stadt Graz fordert den Landtag Steiermark im Petitionswege auf, die Ausweitung des „Top-Tickets“ auf Studierende zu beschließen und dessen Finanzierung durch Verhandlungen mit dem Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft sowie für Familie und Jugend sowie für Verkehr, Innovation und Technologie abzusichern.

Die im ursprünglichen Antragstext genannten Ministerien ist noch die alte Aufteilung, das ist natürlich selbstverständlich anzupassen. Dankesehr (*Applaus KPÖ*).

5) Top-Jugendticket – Erweiterung des BezieherInnenkreises sowie Preissenkung

GR. **Dreisiebner** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Dreisiebner**: Liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren auf den Zuschauertribünen! Inhaltlich geht es um Ähnliches wie vom Vorantragsteller

Robert Krotzer ausgeführt, um das Top-Jugendticket. Ich sehe zwei Stoßrichtungen, wo wir Handlungsbedarf haben. Die eine ist, dass das Top-Jugendticket für junge Menschen in Ausbildung gilt, die in eine weiterführende Schule gehen oder eine Lehre absolvieren. Nicht jedoch gilt sie für studierende Jugendliche, die aus unserer Sicht keine anderen finanziellen und materiellen Voraussetzungen haben, nicht über mehr Geld verfügen als es etwa SchülerInnen. Ob es weniger ist oder was auch immer, auf das mag ich mich jetzt nicht einlassen. Es geht wirklich darum, dass sie vergleichbar mit den beiden anderen Gruppen sind, die zurzeit schon seit Herbst letzten Jahres dieses Top-Jugendticket anfordern können. Der zweite Punkt ist, dass in der Steiermark eine Vereinbarung getroffen werden konnte, die recht passabel ist, das Top-Jugendticket ist für die betroffenen beiden Gruppen Lehrlinge und Schülerinnen und Schüler um 96 Euro für das gesamte Verbundgebiet zu erwerben. Im Verkehrsverbund Ost-Region, das ist Wien, Niederösterreich und Burgenland, also ein ungleich größeres und, muss auch sagen, qualitativvolleres, über weite Teile qualitativvolleres Verkehrsverbundgebiet, ist dieses um 60 Euro möglich. Der Unterschied ist nicht, dass dort der Bund als einer der Zuzahler mehr dazuzahlt aus dem Familienlastenausgleichsfonds, der Grund ist, dass die Bundesländer sich entschieden haben, mehr zuzuzahlen, dieses sollte auch das Ziel der Stadt Graz sein. Das Ziel der Stadt Graz deswegen, weil wir als die größte Stadt und die größte Gemeinde der Steiermark nicht nur am meisten Lehrlingsausbildungsplätze haben, nicht nur am meisten Jugendliche bei uns mit Wohnsitz haben und nicht nur am meisten Schulstandorte haben, auch die Herrschaften, die heute zu Besuch sind, zählen ja dazu, sondern auch als größter Universitätsstandort und Fachhochschulstandort der Steiermark hier besonders in der Ziehung sind. Dazu kommt noch, die Gefahr mich zu wiederholen besteht heute wirklich, dass wir als stark wachsende, als stark durch negative Umwelteinflüsse, Feinstaub etc. belastetes Stadtgebiet oder Stadtregion hier auch dahingehend Handlungsbedarf sehen und insbesondere es für wichtig erachten, dass junge Menschen beginnen, den öffentlichen Personennahverkehr zu nutzen und es auch später weiter tun, wenn sie

im Erwerbsleben stehen. Dazu wäre aus unserer Sicht auch für den Wirtschaftsstandort sehr, sehr günstig und sehr, sehr gut, wenn junge Menschen in Ausbildung zu einem guten Tarif und eben alle drei genannten Gruppen, auch die Studierenden in den Genuss desselben kommen könnten.

In diesem Sinne stelle ich folgenden

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

1. Der Gemeinderat wolle beschließen, dass der zuständige Grazer Mobilitätsstadtrat Mag. Mario Eustacchio beauftragt wird, mit den zuständigen Stellen im Land sowie im Verkehrsverbund und mit den thematisch befassten Regierungsmitgliedern in der Steiermärkischen Landesregierung umgehend dahingehend in Verhandlungen zu treten, dass es möglichst bis zum Herbst 2014 eine Ausweitung des BezieherInnenkreises für das Top-Jugendticket auf die Gruppe der Studierenden an den steirischen Universitäten, Fachhochschulen und Akademien gibt.
2. Weiters wird Stadtrat Mag. Mario Eustacchio beauftragt, hinsichtlich einer Anpassung der Preisgestaltung für das steirische Top-Jugendticket auf das Preisniveau des Verkehrsverbunds Ostregion mit den zuständigen Stellen im Land und beim Steiermärkischen Verkehrsverbund zu verhandeln.
3. Über die Ergebnisse dieser Bemühungen hat der Herr Stadtrat dem Gemeinderat bis spätestens zur Juli-Sitzung dieses Jahres einen schriftlichen Informationsbericht zur Diskussion vorzulegen.

Ich ersuche um Annahme (*Applaus Grüne*)

GR.ⁱⁿ **Kaufmann** zur Dringlichkeit: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, hoher Gemeinderat! Ich darf ein bisschen in der Geschichte zurückgehen, und zwar mein Vorgänger als Jugendsprecher, Kurt Hohensinner, hat bereits eingebracht damals das Top-Ticket in der letzten Gemeinderatsperiode, die allererste Frage in dieser Gemeinderatsperiode, die von mir an den Mario Eustacchio gestellt wurde, hat sich auch darum gedreht und Gott sei Dank gibt es seit Herbst für Schüler und Lehrlinge dieses Ticket und wir fordern, und haben das auch schon mit Anträgen bereits im letzten Jahr eingebracht und langsam, lieber Robert, glaube ich wirklich, dass die junge ÖVP... der kommunistischen Jugend ist aber schön, dass sowohl die KPÖ als auch die Grünen unseren Antrag da aufgenommen haben und noch einmal stellen, denn es ist dringlich. Ja, es ist sehr, sehr wichtig, dass das mitaufgenommen wird, dass auch alle Studierenden die Möglichkeit haben, mit dem Top-Ticket fahren zu können steiermarkweit, das ist uns ein sehr, sehr großes Anliegen und der Robert Krotzer hat das eh schon bereits mitaufgenommen, mit dem Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft sowie mit dem Familien- und Jugendministerium und dem Verkehr, Innovations- Technologieministerium und dem steirischen Verkehrsverbund und wichtig ist, dass aber auch dafür für die Stadt Graz keine Zusatzkosten kommen, das heißt, ja, aus unserer Sicht ist es dringlich und dieser Abänderungsantrag ist auch als solches eingebracht (*Applaus ÖVP*).

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Marak-Fischer**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, liebe Kollegen und Kolleginnen, sehr geehrte Zuschauer und Zuschauerinnen auf der Tribüne! Auch aus unserer Sicht ist es ein wichtiger Antrag und eine wichtige Ausweitung des Top-Tickets. Wir sind auch froh, dass es das Top-Ticket gibt in der Steiermark, allerdings ist eben auf eine ganz wichtige Personengruppe vergessen worden oder ausgespart worden und es sind eben die Studierenden. Jeder Euro, den Studierende zusätzlich leisten, der muss in irgendeiner Form entweder von ihren Eltern bezahlt werden

oder, wo das nicht möglich ist, führt es dazu, dass Studierende gezwungen sind, noch mehr zu arbeiten. Es arbeiten ja, Robert, wie du das vorher schon gesagt hast, ein großer Teil der Studierenden ist bereits gezwungen zu arbeiten neben dem Studium, was natürlich zu Studienverzögerungen führt und jeder weitere Euro, und das ist auch mit ein Grund, warum wir so vehement nach wie vor gegen Studiengebühren sind, jeder weitere Euro, den Studierende zahlen müssen, der fällt entweder ihren Eltern oder eben der eigenen Arbeitszeit natürlich zu Kosten. Wir sind der Meinung, dass man Studierenden natürlich Mobilität gewähren muss, je mobiler Studierende sind, desto mehr sehen sie, desto mehr lernen sie, daher kann es auch nicht sein, sie nur darauf zu beschränken, von zu Hause zum Studienplatz zu gelangen, Mobilität ist eben mehr als der Weg zur Arbeitsstelle oder eben im Fall von Studierenden zur Universität. Daher muss man ihnen diese Mobilität genauso wie Schülern und Lehrlingen auch gewähren und dafür wäre die Ausweitung des Top-Tickets natürlich sehr geeignet. Und nicht zuletzt kommt natürlich auch ein Umweltaspekt hier zu tragen, denn wenn Studierende vielleicht doch die Möglichkeit haben, sich ein Auto zu leisten oder auszuborgen und das dann auch tun, werden sie auch später natürlich eher ins Auto steigen und weniger die öffentlichen Verkehrsmittel benutzen, das heißt, die Gewöhnung an eine Jahreskarte schon in Studienzeiten ist natürlich auch einflussgebend später auf das Mobilitätsverhalten und nicht zuletzt ist es auch aus Umweltgründen hier dieser Antrag zu befürworten. Wir werden allerdings auch dem Abänderungsantrag der Martina Kaufmann zustimmen, weil natürlich, wir haben heute schon sehr viel über die budgetäre Situation im Verkehrsbereich der Stadt Graz erfahren und können dem natürlich auch aus Vernunftgründen leider einiges abgewinnen, werden also auch diesem Antrag zustimmen, dass das sozusagen für die Stadt Graz nicht mit zusätzlichen Kosten verbunden sein soll und über die Finanzierung der öffentlichen Verkehrsmittel, glaube ich auch, dass wir uns dringend und baldigst alle miteinander unterhalten sollen, denn ohne das wird es wahrscheinlich nicht gehen. Dankeschön (*Applaus SPÖ*).

GR. Ing. **Lohr**: Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Antragsteller! Ich werde mich kurz halten, der Öffi-Bereich ist ein Teil der Stadtpolitik, aber die Schüler wollen vielleicht auch noch von anderen Dingen etwas mitbekommen, daher eine kurze Wortmeldung. Dem KPÖ-Antrag, dem können wir was abgewinnen, das Top-Ticket für Studenten öffnen, ein guter Zugang, das Bundesministerium soll mitfinanzieren, daher stimmen wir dem KPÖ-Antrag zu. Kollege Dreisiebner macht es uns natürlich wieder schwer, er verwechselt wieder einmal die Adressaten, wir haben das schon in der vorigen Debatte geklärt, er nennt unseren Stadtrat Mobilitätsstadtrat, ist ein ganz ein neuer Begriff, also der Verkehrsstadtrat, wie gesagt, ist hier nicht der richtige Ansprechpartner, daher werden wir den grünen Antrag ablehnen. Danke (*Applaus FPÖ*).

GR. **Dreisiebner**: Ich glaube nicht, dass wir den Adressaten verwechselt haben, ich glaube, dass die Agenden des Herrn Stadtrat Eustacchio, wie man ihn auch immer bezeichnen mag, das war kein Versuch, da eine falsche Bezeichnung zu setzen, Verkehr, Mobilität, für mich ist das jetzt nicht so das Thema, wo man lange darüber streiten sollte. Ich denke, dass Herr Mag. Eustacchio in seiner Funktion als Stadtrat, welchen Titel man als Beschreibung auch immer nimmt, dafür zuständig ist, er hat ja auch im vorigen Jahr die Informationsberichte beziehungsweise das Gelingen der Variante 1 des Top-Jugendtickets, wenn ich das jetzt einfach der Form halber so nennen darf, auch dem Gemeinderat kommuniziert. Zur Kollegin Kaufmann, ja, es ist richtig, es ist ein altes Thema, das schon mehrmals gekommen ist, es ist nicht nur von euch gekommen, aber es ist auch von euch sehr häufig gekommen. Die Idee des Zusatzantrages ist sexy, hat für mich aber schon ein bisschen den Charakter, als würde ich nur dann einer Sache nähertreten wollen, wenn es uns selber nichts kostet und wenn es wer anders übernimmt. Ein bisschen kann man das so übersetzen mit,

die heiße Kartoffel nehme ich nicht, aber ich hoffe, wir kommen trotzdem da gut weiter und ihr könnt beiden Anträgen zustimmen (*Applaus Grüne*).

Die Dringlichkeit des KPÖ-Antrages wurde einstimmig angenommen.

Die Dringlichkeit des Antrages der Grünen wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ) angenommen.

GR.ⁱⁿ **Kaufmann** zum Antrag: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, hoher Gemeinderat! Ich wollte nur ergänzen, ich bin überzeugt davon, dass das Top-Jugenticket für Studierende kommt, denn unser Bundesobmann der jungen ÖVP, Sebastian Kurz, seines Zeichens auch Außenminister, hat das auch geschafft, hineinzureklamieren ins Regierungsübereinkommen, ich bin überzeugt davon, dass das auch umgesetzt werden wird und das ist ganz gut. Ein Nebensatz, lieber Robert, sei aber noch gestattet zu einem Thema, das da ein bisschen hineinspielt, auch meine Eltern haben jeweils eine Lehre abgeschlossen und auch ich habe es auf die Uni geschafft, also wo ein Wille ist, ist auch ein Weg (*Applaus ÖVP und FPÖ*).

GR. **Haberler**: Werte Kollegen! Meine Eltern waren Taxifahrer beide, ich habe eine Lehre gemacht und die haben auch eine Lehre gehabt und ich habe auch studiert (*Applaus ÖVP*).

Bgm.-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ **Schröck**: Der Abänderungsantrag ist zwar angekündigt worden von Seiten der ÖVP, aber noch nicht eingebracht. Ich bitte, das jetzt noch nachzuholen.

GR.ⁱⁿ **Kaufmann**: Ich habe gesagt, daher ist auch der Abänderungsantrag eingebracht. Ich lese ihn noch einmal zur Gänze vor. Der Gemeinderat wolle beschließen: Die Stadt Graz fordert den Landtag Steiermark im Petitionswege auf, die Ausweitung des Top-Tickets auf Studierende zu beschließen und mit dem Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft, für Familie und Jugend sowie Verkehr, Innovation und Technologie und dem steirischen Verkehrsverbund abzusichern, dies unter der Bedingung, dass für die Stadt Graz keine Zusatzkosten entstehen. Dieser Abänderungsantrag ist auf den KPÖ-Antrag.

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Ich möchte einfach noch gerne eine Information geben. Zunächst einmal denke ich, wird der Antrag wahrscheinlich mit der Abänderung oder jedenfalls durchgehen und ich wollte einfach einmal sagen, dass uns beide Anliegen, sowohl das Anliegen des Top-Tickets an sich, so wie es jetzt ist, als auch die möglichst günstigen Fahrscheine, Fahrkarten für die Studenten, ein Anliegen sind und auch ein Anliegen waren. Wir haben immerhin in unserem Budget einen Wert von einer knappen Million Euro drinnen jährlich, von einer knappen Million Euro, die wir bezahlen für das Top-Ticket so wie es jetzt ausgestaltet ist und auch für die sogenannte Mobilitätskarte, die für die Studierenden da sind. Also auch hier eigentlich speziell zum Karl Dreisiebner, weil er sagt, wir wollen uns verabschieden. Mich stört das einfach, wenn man solche Dinge nicht sieht, wenn man einfach fordert, fordert, fordert, ich habe das vorhin als gnadenlos populistisch bezeichnet, bleibe dabei, und

nicht auch schon einfach mal festhält, was wir tun, so als würden wir gar nichts tun. Wir zahlen immerhin, kann man auch ausweiten, ist mir auch klar, nach dem Antrag hoffentlich nicht, aber bis jetzt pro Jahr eine knappe Million Euro für diese beiden Anliegen (*Applaus ÖVP*).

GR. Dr. **Wohlfahrt**: Ein bisschen muss ich schon auf Gerhard Rüscher eingehen mit dem Forderung, Forderung, Forderung. Was mir schon aufgefallen ist bei den zwei Anträgen, die ähnlich sind und, so wie es aussieht, nicht ähnlich abgestimmt, die unterschiedlich abgestimmt werden. Es kommt der Stadt wie Graz nicht besonders gut, wenn man so quasi nur woanders fordert, weil das Problem ist ja, dass diese Forderungen jetzt an Bund und Land gehen. Ich glaube schon, dass wir selber auch schauen müssen. Der Gerhard hat recht, wir zahlen schon ganz viel dazu, selbstverständlich, aber für eine Angebotsverbesserung, die dringend notwendig ist, die Studierenden brauchen das Ticket, das macht ja alles Sinn, wir stimmen logischerweise für beide Anträge, aber da wird man auch schauen müssen, was der Beitrag von Graz ist und mir kommt es ein bisschen vor, also sobald das dabei ist, dass man Graz selber reinnimmt, wird der Antrag untergehen, ich spiele jetzt einmal Prophet, ich glaube, der grüne Antrag kriegt die Mehrheit vielleicht nicht, und wenn man nur vom Land und vom Bund fordert und nicht so klar ist, den eigenen Beitrag nicht so klar sieht, dann ist relativ leicht. Also mein Appell ist schon, wir müssen auch selbst hier noch mehr Geld in die Hand nehmen, was uns schwerfällt, aber es ist ein wichtiges Projekt, wir brauchen auch einen Eigenbeitrag und natürlich brauchen wir die anderen Gebietskörperschaften auch dazu. In diesem Sinne, glaube ich, dass es wichtig wäre, dass da beide Anträge durchgehen und hier nicht differenziert wird und sich Graz ein bisschen verabschiedet, wenn man die zwei Anträge genau vergleicht. Aber vielleicht gehen beide Anträge durch. Danke (*Applaus Grüne*).

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch** zur Geschäftsordnung: Das ist mir schon wichtig, auch zu sagen, Gerhard, und zwar eines ist klar, wenn in einem dringlichen Antrag von vornherein klar ist, dass die Stadt was bezahlt oder dass hier finanzielle Ausgaben sind, dann darf er als dringlicher Antrag gar nicht gestellt werden (*Applaus ÖVP und FPÖ*). Und wenn ich noch hinzufügen darf, ich glaube, dass diese Bestimmung sehr zweckmäßig ist, weil es besteht hier selbstverständlich sehr oft eine Eigendynamik, es wird was beantragt und es besteht dann auch nicht die Möglichkeit, da einige Dinge vielleicht zu analysieren, die man analysieren sollte, darum darf beim dringlichen Antrag diese Finanzwirkung nicht dabei sein. Wenn sie dabei sein sollte, dann müssen wir irgendwo beim Finanzbereich oder im Verkehrsbereich...

Zwischenruf GR. Dr. Wohlfahrt: Es geht um Verhandlungen und nicht Beschlüsse.

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Nein, da steht aber was anderes drinnen, ohne diesen Zusatz.

GR. **Dreisiebner**: Lieber Gerhard Rüsch, ich weiß nicht, was du meinst, es steht da nicht drinnen, die Stadt Graz soll bezahlen. Ich glaube, dass da drinnen steht, dass ein Stadtregierungsmitglied, das namentlich genannt ist, das unseres Erachtens auch für das Thema eine gewisse Zuständigkeit hat, auch andere Stadtregierungsmitglieder können sich da gerne mit einbringen, mit anderen, mit dem Land, mit Verbund usw. verhandeln soll, um den Ticketpreis zum einen wie in Wien, Burgenland und

Niederösterreich auf 60 Euro runterzubringen und zum anderen, hier ist Kollege Krotzer auch thematisch auch mit dabei, die Gruppe der Studierenden, der zigtausenden Studierenden an unseren Fachhochschulen und Universitäten mithineinzubringen. Da steht noch nicht drinnen, dass die Stadt dafür ein Geld in die Hand nehmen muss.

Zwischenruf GR. Mag. Frölich unverständlich.

GR. **Dreisiebner**: Die andere Frage, lasst mich ganz kurz, die andere Frage ist die, ich habe es vorhin schon gesagt, einen Abänderer noch hinzuzunehmen, der schon von vorneherein ausschließt, dass wir bereit sind oder den Auftrag quasi inkludiert, dass wir eben nicht bereit sein sollen, was zuzuzahlen. Das ist für mich der große Unterschied, in die Verhandlungen hineinzugehen, eine Petition an das Land zu starten und dann Verhandlungen möglichst gut anzufangen, nicht dass wir dann die Gelackmeierten und die einzigen ZahlerInnen sind, das ist schon klar, sondern dass man ein gutes Ergebnis zusammenbringen und umgekehrt wird es jetzt so vorgegangen, dass man von vorneherein sagt, aber wir dürfen nichts zahlen müssen. Ich ersuche um Annahme auch meines Antrages (*Applaus Grüne*).

GR. **Krotzer**: Einen ganz wichtigen Umstand habe ich vergessen, dass nämlich in den letzten zwei Wochen insgesamt, also mittlerweile beinahe 10.000 Studierende und Menschen, die solidarisch sind, da unterschieben haben die Forderung nach dem Top-Ticket und es freut mich sehr, dass dieser Forderung, die auch von Studierenden

sehr intensiv vertreten wird, dass der hier Rechnung getragen wird und dass, zumindest wie es aussieht, unser Antrag angenommen wird. Wenngleich in der abgeänderten Form, wie es die ÖVP eingebracht hat, da erlaube ich mir die Zwischenbemerkung, wenn ihr die Zusatzkosten so scheut, dann sparen wir uns bitte auch die Debatte über die Murgondel hinkünftig, da glaube ich, können wir uns auch einiges sparen...

Zwischenruf GR.ⁱⁿ Gesek: Das eine hat mit dem anderen nichts zu tun.

GR. **Krotzer:** Ja, es geht in beiden Fällen um Kosten und insofern... Sollten wir auch anbringen, was die Bildungspolitik betrifft, ja, da ist irgendwie von ÖVP-Seite kommt mir vor immer so ein bisschen das Problem, dass von sich auf alle anderen in der Stadt schließt. Es gibt aber auch sehr viele Menschen in der Stadt, die nicht in dieser privilegierten Situation sind, und damit auf die nicht vergessen wird, sind wir als KPÖ hier. Dankesehr (*Applaus KPÖ*).

Der Abänderungsantrag der ÖVP wurde einstimmig angenommen.

Der Antrag der Grünen wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, Teile SPÖ, Grüne und Piratenpartei) abgelehnt.

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 16.00 Uhr den Vorsitz.

6) Bauschuttdeponie Thal

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Marak-Fischer** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Marak-Fischer**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, liebe Kollegen und Kolleginnen, geschätzte Zuhörer und Zuhörerinnen auf der Tribüne! Die Deponie in Thal war bereits hier in diesem Haus einige Male Thema, leider ist trotz massiver Proteste der Anrainer und Anrainerinnen bereits am 16. Dezember letzten Jahres der positive Bescheid erlassen worden. Es gibt zwar noch einen Einspruch, allerdings drängt die Zeit und es ist auch der Grund, warum wir jetzt hier diesen dringlichen Antrag auch haben und warum ich auch sehr um Ihre Zustimmung bitte, denn wir haben jetzt noch ein paar Monate Zeit, um uns darüber Gedanken zu machen, was wir tun können, um die Steinbergstraße, und genau das ist der Punkt, der für uns als Grazer und Grazerinnen natürlich bedeutend ist, wie wir verhindern können, dass die Steinbergstraße und die an der Steinbergstraße wohnenden Bürger und Bürgerinnen der Stadt Graz, aber natürlich auch darüber hinaus, verschont werden können vor dem massiven Ansturm an Lieferungen. In der Gemeinderatssitzung vom Dezember habe ich den Verkehrsstadtrat gefragt, mit welcher Belastung in etwa zu rechnen ist und die Antwort war, dass es in etwa pro Jahr 60.000 Lkw-Fahrten geben wird in etwa gut 80 Anlieferungen pro Tag und das bedeutet eine Steigerung von 18 % Schwerverkehr im Grazer Westen, der dann eben über die Steinbergstraße, die eng ist, die kurvenreich ist, die steil ist und die eben auch mit vielen Anwohnern auch belegt ist, zu einer massiven Belastung kommen wird.

Die Anrainer und Anrainerinnen haben bereits seit Wochen massiv protestiert, sie machen in wöchentlichen Straßensperren, wir haben auch hier einige, auch die Frau

Hollerer möchte ich sehr herzlich begrüßen, wir haben hier also auch einige, die dieser Diskussion auch zuhören werden. Sie machen mehrmals wöchentlich sogar darauf aufmerksam, dass es eben ein Riesenproblem ist. Graz hat beim gesamten Verfahren ja keine Parteienstellung gehabt, daher müssen wir auch sehr kreativ uns überlegen, wie wir diese Belastung auch vermeiden können und in diese Richtung geht auch mein Antrag.

Ich komme jetzt also zum eigentlichen

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden beauftragt zu prüfen,

1. in wessen Zuständigkeitsbereich eine mögliche Tonnagebeschränkung, das ist eben eine der Möglichkeiten, um die Steinbergstraße zu befahren, fällt, wie sie von AnrainerInnen zur Entlastung des drohenden Zuliefer-Schwerverkehrs zur geplanten Bauschuttdeponie Thal vorgeschlagen wird, um den AnrainerInnen damit die Möglichkeit zu bieten, diese ihre Überlegung mit den verantwortlichen Stellen zu erörtern
2. ob und welche Möglichkeiten die Stadt Graz hat, die drohenden Belastungen durch den Zuliefer-Schwerverkehr zur geplanten Bauschuttdeponie Thal durch das Grazer Stadtgebiet und speziell über die Steinbergstraße zu minimieren beziehungsweise zu verhindern.

Ein entsprechender Bericht ist dem Gemeinderat im April dieses Jahres vorzulegen.

Diesen knappen Termin natürlich auch deswegen, weil die Zeit natürlich drängt, weil wenn die Deponie erst einmal errichtet und in Betrieb ist, dann ist es logischerweise schwerer oder auch unmöglich, hier noch etwas zu tun. Erlauben Sie mir bitte noch einen Satz zu der Frage nach dem Zuständigkeitsbereich. Die Bürger und Bürgerinnen berichten mir immer wieder, dass sie vom Land darüber informiert werden, dass die Stadt zuständig ist, umgekehrt wiederum ist die Position, das Land sei zuständig, ich

glaube, dass das keine Situation ist, wie wir sie haben sollten, ich glaube, dass es unsere Aufgabe ist, das zu klären und zwar bald zu klären und daher auch diesen Punkt 1, ich bitte um Zustimmung (*Applaus SPÖ*).

GR.ⁱⁿ **Gesek** zur Dringlichkeit: Hoher Gemeinderat! Wir hätten uns sehr, sehr viel an Verunsicherung der dort betroffenen Bevölkerung erspart und auch die wöchentlichen Demonstrationen, hätten der Herr Bürgermeister von Thal, der der SPÖ zugehörig ist, unser Herr Landeshauptmann Voves und nicht zuletzt der zuständige Landesrat Kurzmann von der freiheitlichen Partei ihre Zustimmung zur Restmülldeponie seinerzeit vor Bescheiderlassung versagt. Wir, die ÖVP, erachten diesen Antrag als äußerst dringlich, es ist fünf vor zwölf, die Demonstrationen nehmen weiter zu, werden sogar bis zur Thalerseestraße ausgedehnt. Meine Fraktion stimmt daher der Dringlichkeit und dem Inhalt zu. Unser sehr verehrter Herr Bürgermeister wird zur Tonnagebeschränkung noch Stellung beziehen. Danke (*Applaus ÖVP*).

GR. **Sikora**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte ZuhörerInnen auf den Tribünen, werte Antragstellerin! Die Kollegin Gesek hat das Wesentlichste vorweggenommen, sind ganz wichtige Punkte, die da zum Tragen kommen. Ich möchte vielleicht nur noch ergänzend einwirken. Es freut mich ganz besonders, dass du diese Dringlichkeit aufgenommen hast, also wir haben heute auch sozusagen eine dringliche Anfrage an den Herrn Bürgermeister gestartet, die in etwa einen ähnlichen Wortlaut hat wie dein Dringlichkeitsantrag, anscheinend haben wir da eine Seelenverwandtschaft, weil es die gleichen Worte sind, ist allerdings kein Plagiat, möchte ich gleich einmal, weil wir über Studieren

vorher geredet haben, also kein Plagiat, das war Zufall, glaube ich, dass wir die gleichen Worte verwendet haben. Die gleichen Worte deswegen, weil die Thematik anscheinend so wichtig ist und du schon gesagt hast, die zahlreichen Bürgerinitiativen und die Demonstrationen jede Woche zeigen ja eigentlich dieses Problem, das da herrscht, und es ist nicht nur die Steinbergstraße, sondern auch die Wetzelsdorfer Straße, das ist so quasi als Verbindungsachse in die Innenstadt, die das Ganze dramatisiert. Ich möchte vielleicht jetzt nur noch auf die Punkte eingehen, die wir in unserer dringlichen Anfrage, wenn man das so sagen darf, gestellt haben, das du auch richtig formuliert hast im Dringlichkeitsantrag, das sind in erster Linie die Ängste und Nöte der AnrainerInnen und BürgerInnen, die enorme Belastungen auf sich zukommen sehen, also das ist, glaube ich, einer der wichtigsten Punkte, der zu verhindern gehört. Nicht nur deswegen, weil es genau zwischen Kollerbergweg und Einödstraße auch keinen Fahrradweg oder auch keinen Gehsteig für die BürgerInnen gibt, die dort diese Straße benützen müssen, vor allem auch die Straße benützen müssen zur vorhandenen Schule und Kindergarteneinrichtungen, weiters gehört dringendst erwähnt, dass es ja nicht nur im heurigen Winter, sondern auch voriges Jahr zu Hangrutschungen gekommen ist, wo ja nicht nur der Schwerverkehr mit schuld ist, sondern auch anscheinend die Statik des ganzen Berges, der dort ständig arbeitet und mit 60.000 Fuhren jährlich wahrscheinlich dann verstärken würde und der nächste Punkt, schon jetzt quälen sich kleine Lkws durch diese engen Kurvenradien, also ich möchte nachher nicht wissen, wie sich die Lkws dann quälen, wenn das Schwerlastkraftwägen sind, die da dann täglich bis zu 80-mal hin- und zurückfahren. Und was ich dann noch sagen wollte, was uns vielleicht unterscheidet, wir haben in unserer Anfrage an den Herrn Bürgermeister so quasi als Bezirkshauptmann gefordert, dass er quasi diese Tonnagebeschränkung für den Grazer Stadtbereich verordnet, weil somit wäre, wenn das möglich wäre, der Herr Bürgermeister gibt dann eh eine Stellung ab, wenn das auf Stadtgebiet verordnet, dann würde das wegfallen, dass man da auf die Verordnung des Landes auch dann warten müsste. Also das wäre quasi eine Vereinfachung, weil gäbe es eine

Tonnagebeschränkung, quasi ein Verbot auf Grazer Stadtgebiet, somit wäre auch die Diskussion der täglichen Fuhren vom Tisch. Danke vielmals (*Applaus KPÖ*).

GR. Ing. **Lohr**: Sehr geehrte Damen und Herren! Bin gerade früher von den Grünen gefragt worden, warum ich heute immer Rede und Antwort stehe, jetzt hat mich die Kollegin Gesek herausgefordert und zwar eingangs, wie gesagt, wir Freiheitlichen haben auch keine Freude mit der Deponie in Thal, ist keine Geschichte eigentlich vom Grazer Gemeinderat und es ist jetzt auch der Landesrat Kurzmann erwähnt worden. Und da muss ich dann schon eines feststellen, nach einem aufwendigen Verfahren erging eben im Dezember 2013 der erstinstanzliche Genehmigungsbescheid durch den Landeshauptmann als Abfallbehörde. Antragsgegenstand war die Genehmigung der Deponie Thal und es haben die Konsenswerber einen Rechtsanspruch auf eine Genehmigung, wenn diese materienrechtlichen Bestimmungen eingehalten werden. Und jetzt ist der wichtige Punkt, in diesem Verfahren sei der Transport auf den öffentlichen Straßen rechtlich gesehen kein Thema und könne daher auch nicht zur Diskussion gestellt werden. Das heißt, der Landesrat Kurzmann hat da keine Möglichkeit gehabt einzuschreiten. Antragstellerin hat Recht, man muss jetzt die Folgen für Graz abmildern und mit der Tonnagebeschränkung haben wir auch kein Problem, also wir stimmen dem Antrag zu (*Applaus FPÖ*).

GR. **Dreisiebner**: Es ist schon viel gesagt worden. Was noch aus meiner Sicht sehr aufklärenswürdig ist, ist die Geschichte, dass es keine Verpflichtung für Lkws aus dem Bereich der Weststeiermark und der Südsteiermark gibt, die in Transit über die Steinbergstraße, über die L301, fahren, die vorhandene Autobahn ab Mooskirchen oder aber auch ab Auffahrt Lieboch in Richtung der nächsten Abfahrt, sei das Graz

West, Graz Feldkirchen, Triester Straße beziehungsweise Graz Ost zu benutzen. Das ist eine sehr interessante Geschichte, weil man etwa nicht von Laßnitzhöhe nach Graz Ost auf Bundesstraßen fahren darf, außer man hat dazwischen eben ein Ziel oder Quelle, die man bedient. Diese Tonnagebeschränkung sind, glaube ich, wirklich die Möglichkeiten, hier einzugreifen, die Steinbergstraße ist eine Landesstraße wie jede andere, wir, vielleicht der eine oder andere meinen, Landespolitiker oder wer auch immer, sie ist es nicht, sie ist es aufgrund dieses Zustandes mit den vielen Kurven und mit den engen Kurvenradien beziehungsweise mit der mangelnden Breite der Straße eben nicht und deswegen ist es notwendig, dort möglichst den Lkw-Verkehr wegzubekommen und das Zweite ist, auch hier hat aus meiner Sicht die Landesbehörde ziemlich versagt, dass man dort eine Baurestmassendeponie, die im Landschaftsschutzgebiet ist, wo es schützenswerte Tiere und Pflanzen gibt, bewilligt, die eben genau über eine so mangelhafte Zufahrtsmöglichkeit verfügt, wenn ich etwa im Vergleich dazu an das Grazer oder Leibnitzer Feld denken würde. Danke (*Applaus Grüne*).

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

Bgm. Mag. **Nagl** zum Antrag: Dann darf ich wie angekündigt Stellung nehmen zu dieser ganzen Angelegenheit. Wir haben leider schon zu spät von den Bewohnerinnen und Bewohnern entlang der Straße erfahren, dass in unserer Nachbargemeinde der Bürgermeister, aber auch der Gemeinderat vorhaben, mitten im Wald eine solche Deponie zu errichten. Auf die Frage hin, was denn der Vorteil für die Gemeinde sei, habe ich bis zum heutigen Tag immer nur die Antwort bekommen, dass zwischen ein und drei Personen dadurch eine Beschäftigung hätten und einen Arbeitsplatz. Der Beschluss des Gemeinderates war schon da, das Ganze ging zur

Oberbehörde, zum Land Steiermark, da werden wir lang diskutieren können, ob ein Landesrat das genehmigen hätte müssen oder nicht, in einem Punkt haben wir zumindest versucht aufzuzeigen, wo man denn einen Ansatz finden könnte, dass das nicht stattfindet. Und dieser Punkt ist aus meiner Sicht nicht weiterverfolgt worden, da ging es in erster Linie darum, ob nicht der Wald an sich dort schützenswert wäre, und da hat es, wie gesagt, leider keine Reaktion gegeben. Das heißt, im Moment haben wir rechtlich dort eine Deponie, wir sollten uns auch nicht drüberschummeln, dass im Großraum Graz, wo so viele Menschen wohnen, nicht enorme Bautätigkeit sein wird und wir sollten uns künftig auch ganz stark darauf konzentrieren, wie wir mit den Bauunternehmungen möglichst bei Abriss von Gebäuden gleich so arbeiten könnten, dass diese Materialien vor Ort wieder einzusetzen sind. Das wird auch kurzfristig vor Ort keine angenehme Geschichte sein, aber in manchen Bereichen tun wir es schon und da sollten wir uns, wenn ich so sagen darf, auch ganz stark darauf konzentrieren, weil wo immer starke Abbrüche stattfinden, werden wir diese Verkehrswege haben und das sind bekanntlich ziemliche Brummer, die mit viel Tonnagen durch das Stadtgebiet fahren werden. Machst du an einer Ecke zu, werden diese Lkws durch das ganze Stadtgebiet fahren und das wird nach dem Motto, uns ist es lieber nicht bei uns, möge der andere das haben, uns in Summe nicht von dieser Problematik befreien. Graz ist die am stärksten wachsende Stadt, Graz-Umgebung auch, Deponien sind beschränkt, manche werden in absehbarer Zeit so vollgefüllt sein, dass sie nicht mehr angefahren werden dürfen und wir werden diesen Verkehr haben. Als Wichtig wäre es einmal, möglichst vor Ort schon zu verhindern, dass wir extra mit viel Diesel diese Baurestmassen noch irgendwohin führen. Ein weiterer Vorteil, soviel Schutt in einen Wald zu führen in der eigenen Gemeinde habe ich bis heute in Punkto Thal nicht herausfinden können, aber das pikiert einmal. Jetzt versuchen wir, einen Strohhalm zu finden, wie wir der Bevölkerung, wie wir den Anrainern und Anrainerinnen dort helfen können. Einen solchen Strohhalm gibt es, aber ich möchte heute auch betonen, dass es noch ein Strohhalm ist und dass wir da nicht den Gemeinderatssaal heute schon verlassen sollten und sagen sollten, ja, wir

haben jetzt eine Möglichkeit gefunden, bin auch dafür, dass wir das noch intensiver untersuchen, wir haben das auch schon getan und ich möchte Ihnen heute ein bisschen ganz kurz zusammenfassen, wie wir das momentan juristisch sehen. Wenn es um eine Gewichtsbeschränkung der Tonnagen in der Steinbergstraße geht, muss man einmal sagen, die Zuständigkeit für und die Möglichkeit der Verordnung einer Gewichtsbeschränkung für Fahrzeuge auf Straßen richten sich nach der StVO. Und es ist, glaube ich, ziemlich gleichgültig, ob eine Landesstraße viele Kurven oder wenige Kurven hat, sondern diese Straße ist eine Landesstraße. Zur Frage der Zuständigkeit, es gibt den § 94b Abs. 1 der Straßenverkehrsordnung und gemäß dieser ist die Behörde im Sinne des Gesetzes die Bezirksverwaltungsbehörde, Klammer auf, Stadt Graz als Statutarstadt, für die Erlassung von Verordnungen und Bescheiden, sofern nur der konkrete politische Bezirk betroffen ist und sich unter anderem die Zuständigkeit der Gemeinde ergibt. Nur die im § 94d StVO genannten Angelegenheiten sind durch die Gemeinde im eigenen Wirkungsbereich zu erlassen, wenn a) nur das Gebiet der jeweiligen Gemeinde betroffen ist und b) die Straße weder Autobahn, Autostraße, Bundesstraße noch Landesstraße ist. Die Steinbergstraße ist die Landesstraße, L301, daraus folgt, dass keine Zuständigkeit im eigenen Wirkungsbereich der Stadtgemeinde Graz besteht, sondern grundsätzlich eine Zuständigkeit jetzt in dem Fall in meiner Person als Bürgermeister, als Bezirksverwaltungsbehörde gemäß § 94b Abs. 1 StVO. Was heißt das? Die Bezirksverwaltungsbehörde ist laut diesem Paragraphen nur dann zuständig, wenn der Akt der Vollziehung nur für den betreffenden politischen Bezirk wirksam werden soll. Liegt dieser Fall nicht vor, ergibt sich nach 94a StVO sofort wieder die Zuständigkeit der Landesregierung. Also, wenn wir darüber reden, müssen wir einmal sagen, bitte maximal wirksam in einem Teilgebiet oder innerhalb der Stadtgrenzen. Wir müssen dann uns juristisch schon noch einmal genau anschauen, was der genaue Text aussagt, weil ich bin kein Jurist, aber ich möchte nur sagen, nur für den politischen Bezirk wirksam werden soll, also ich hoffe, dass das dann auch nur für Graz gilt, weil die Landesstraße geht natürlich raus und würde rauswirken, aber von

dem gehen wir momentan aus. Die Zuständigkeit hängt ja letztlich davon ab, ob sich die Verordnung über die Gewichtsbeschränkung nur auf das Gebiet der Stadt Graz beschränken oder darüber hinausgehen soll, hinaus kann ich sicherlich nicht. Und jetzt zur Frage der Möglichkeit, dort gibt es dann den Paragraphen 43 und der sagt Folgendes aus: Wir müssen im Rahmen eines Ordnungsverfahrens eine Verhandlung durchführen, in welcher der Sachverhalt hinsichtlich der Kriterien Sicherheit, Leichtigkeit oder Flüssigkeit des Verkehrs, Lage, Widmung, Pflege, Reinigung oder Beschaffenheit der Straße und Sicherheit eines Gebäudes, eines Gebietes oder der Person oder der Personen, die sich dort aufhalten, zu prüfen ist. Hierbei wäre bei der Beurteilung der Zulässigkeit einer Gewichtsbeschränkung auf die Belastung der betroffenen Straße im Verhältnis zu den umliegenden Straßenzügen Bedacht zu nehmen. Das Ergebnis des Verfahrens kann derzeit nicht vorweggenommen werden, das heißt, wenn wir ein solches Verfahren einleiten, werden wir uns das anschauen, nachdem es ja dort schon Hangrutschungen gegeben hat etc. ist es vielleicht zumindest auch einmal bedingt, zeitmäßig eingeschränkt, vielleicht auch in Summe möglich. Wir werden diese Möglichkeiten prüfen, das können wir Ihnen heute mitgeben, ich glaube, es werden auch fast alle hier herinnen mitgehen, ich sage Ihnen auch zu, dass wir dieses Verfahren dann anstreben werden, aber wie es wirklich ausgeht, kann ich Ihnen heute da auch noch nicht sagen (*Applaus ÖVP, KPÖ, SPÖ und Grüne*).

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Marak-Fischer**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, wow, sage ich einmal, danke, das ist mehr, als ich mir von einem Dringlichen erwartet habe, weil das ist zum Teil schon die Klärung gewesen, also Punkt 1 gleich live zu klären, ist natürlich besonders schön. Ich hoffe, dass da was rauskommt dabei, ich freue mich wirklich, dass das sozusagen jetzt auch die Absichtserklärung ist, dass wir oder dass Sie dieses in Ihrer Funktion als Bezirkshauptmann dieses Thema angehen. Ich glaube, ich sehe

da oben lauter lachende Gesichter bei den Zuhörern und Zuhörerinnen und es freut mich natürlich besonders. Ich muss nur kurz Stellung nehmen zu dem vorherigen Begriff, Seelenverwandte finde ich unglaublich charmant. Ich hätte es jetzt eher als vernünftig oder als Vernunft einfach angesehen, aber insofern umso schöner, dass wir uns da treffen bei der Vernunft, ich sehe es als Verpflichtung als Politiker und Politikerinnen, dass wir uns dieses Themas annehmen und wenn wir da zu einer wortidenten Formulierung kommen, ist das Wahnsinn, super. Ich freue mich, danke schön und ich hoffe, dass die Zustimmung, so wie es sich jetzt auch ankündigt, dann auch sein wird. Dankeschön (*Applaus SPÖ und KPÖ*).

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

7) Bauen in Graz – mehr Transparenz für die Bürger

GR. Ing. **Lohr** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. Ing **Lohr**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat! Der Titel Bauen in Graz – mehr Transparenz für die Bürger, der Antragstext ist dann doch ein bisschen komplexer geworden, weil es da ja um juristische Angelegenheiten geht, aber ich versuche, das Wesentliche jetzt herauszunehmen. Es geht im Wesentlichen um Baudichteüberschreitungen, die in Graz immer wieder zu Unmut unter der Bevölkerung führen. Für viele Bürger ist es unverständlich und es ist ihnen gar nicht bewusst, wenn ein ausgewiesener Baudichtewert im Flächenwidmungsplan eingetragen ist, dass der dann in einem späteren Bauverfahren überschritten werden kann. Viele fühlen sich dann überrascht und übergangen. Der vorliegende Antrag soll für mehr Transparenz sorgen. Wie gesagt, die zweieinhalb Seiten werden wir jetzt

nicht vortragen, ich gehe einmal auf die Ausgangslage ein. In letzter Zeit, und das war eben der Auslöser, meldeten sich im freiheitlichen Gemeinderatsklub vermehrt Einzelpersonen, aber auch Bürgerinitiativen, die ihre Sorge über die unterschiedlichen Bauvorhaben in der Stadt und die stark veränderte Erscheinung des Stadtbildes zum Ausdruck brachten. Der verstärkte Zuzug, gesteigener Wohnungsdruck, aber auch die positiven Auswirkungen aus der Bauwirtschaft müssen von der Politik berücksichtigt werden und müssen entsprechende Maßnahmen erfolgen in der Politik. Wir bestreiten auch als FPÖ nicht, dass derartige Maßnahmen nicht nur durch Nachverdichtungen bewerkstelligt werden können. Dieses Bekenntnis entbindet die kommunale Politik aber nicht von der Verpflichtung, diese Verdichtung verantwortungsvoll zu gestalten. Dieser Zielsetzung wird mancherorts in unserer Stadt bereits auf sehr gelungene Weise entsprochen, anderenorts werden durchaus überdimensionale das Ortsbild verändernde Baukörper genehmigt und tatsächlich realisiert. Wie kommen diese Baudichteüberschreitungen in unserer Stadt zustande? Das lässt sich unter Hinweis auf die Bestimmungen der Steirischen Baudichteverordnung beantworten. Wesentlich ist die Tatsache, dass die betroffenen Nachbarn in einer konkreten Bauverhandlung diese Baudichte betreffend keine Einwendungsmöglichkeiten haben. Diesbezügliche Einwendungen der Parteien werden von der zuständigen Behörde unter Hinweis auf die Möglichkeit, den Zivilrechtsweg zu beschreiten, im Verwaltungsverfahren sind sie nicht zu berücksichtigen. Die Kollegen aus der Berufungskommission werden mir zustimmen, mit solchen Fällen sind wir jeden Monat konfrontiert und diese Anliegen der Nachbarn müssen wir also immer zurückverweisen.

In jenen Fällen also, und jetzt kommen wir Richtung Lösung, in denen Baudichteüberschreitungen ohne Bebauungsplan und somit lediglich durch ein städteplanerisches Gutachten genehmigt wurden, kam es zu Baudichteüberschreitungen ohne politische Mitentscheidung und auch ohne ausreichende Öffentlichkeitswirksamkeit.

Um künftig bei größeren Bauvorhaben in unserer Stadt auch öffentliche Interessen gewährleisten zu können, sollte die Kontrolle eines politischen Kollegialorgans zwischengeschaltet werden. Aufgrund der bestehenden Rechtslage ist eine Maßnahme möglich, nämlich die, dass bei Bauverfahren in erster Instanz das zuständige Kollegialorgan des Stadtsenates demnach wieder verstärkt in solche Entscheidungen einzubinden ist. Im Antragstext haben wir dann mit Gesprächen der anderen Parteien noch verändert, dass wir jetzt keine konkrete Zahl hineinschreiben, ob wann eben der Stadtsenat damit beauftragt wird, das wird noch weitere Beratungen, Piffli-Percevic hat zugesagt, im Planungsausschuss können wir möglicherweise darüber beraten, dass man hier dann auf eine Zahl kommen. Und jetzt eben der Antrag.

Aus diesen Gründen ergeht namens des Gemeinderatsklubs der FPÖ folgender

dringliche Antrag:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen des Magistrates werden beauftragt, die Möglichkeiten zu prüfen, die Geschäftsordnung des Stadtsenates in Anhang A dahingehend abzuändern, dass Bauvorhaben, die den im Flächenwidmungsplan ausgewiesenen Wert entscheidend übersteigen, vor ihrer behördlichen Genehmigung zwingend dem Stadtsenat als dem zur Beschlussfassung zuständigen Kollegialorgan vorgelegt werden müssen.

Zweiter Absatz:

Eine Übertragung dieser Entscheidungskompetenz an die Behörde, respektive einzelne Organwalter, ist in solchen Fällen nicht mehr möglich. Diese Maßnahme soll im Sinne des Motivenberichtes dazu dienen, bei größeren Bauvorhaben die Wahrung der städtebaulichen Interessen durch die Wahrnehmung der Entscheidungspflicht eines politischen Kollegialorgans zu gewährleisten.

So das war jetzt eine Punktlandung und ich bitte um Annahme (*Applaus FPÖ*).

Stadtrat Hohensinner, MBA übernimmt um 16.20 Uhr den Vorsitz.

GR. **Dreisiebner:** Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, lieber Kurt Hohensinner, Herr Vorsitzender! Roland Lohr wird vielleicht ein Stückchen weit verwundert sein, vielleicht auch manch andere von euch, wir unterstützen diesen Antrag vollinhaltlich, es ist ein sehr guter Ansatz und er ist besser als die Urvariante, die ja Überschreitung um mehr als 0,2, denn dieses wirkt sich im reinen Wohngebiet bei Dichten von 0,4 in etwa ganz anders aus, als es sich im Kerngebiet auswirken würde. Ich wäre nicht der Karl Dreisiebner und der Roland Lohr nicht der Roland Lohr, wenn ich vielleicht noch eines anmerken müsste, nur auf ein städtebauliches Gutachten fußend, also das ist schon auch was, das ist auch schon was, ein städtebauliches Gutachten.

GR. Mag. **Fabisch:** Meine sehr verehrten Damen und Herren, lieber Antragsteller! Nur kurz, dieses Ansinnen kommt mir sehr bekannt vor, die KPÖ hat in der vorigen Periode zwei Anträge diesbezüglich gemacht. 2009 und 2011, ich habe sie mit. Natürlich kommt von unserer Seite Zustimmung, das ist klar. Damals waren im Gespräch, wenn ich daran erinnern darf, zwei Monsterprojekte, zwei Katastrophenbauvorhaben, zumindest Katastrophen für die Nachbarschaft, das eine war am Rosenberggürtel, quer zur Frischluftschneise wurde ein 70 Meter Betonklotz hingestellt mit einer gewaltigen Dichteerhöhung, über 1000 Unterschriften dagegen haben dieses unselige Bauvorhaben nicht verhindern können und das Zweite war ein

Projekt neben vielen anderen, aber das waren für mich die zwei fast gravierendsten, in der Laimburggasse, vielstöckig, passt überhaupt nicht ins Ensemble, eine Baudichteerhöhung, meine sehr verehrten Damen und Herren, von rund 130 %, das muss man sich vorstellen. Die Anrainer, die Nachbarn sind bis in die höchsten Gerichte gegangen, geholfen hat es leider nichts. Wünschenswert für Graz wäre eine Baukultur aus unserer Sicht, wo man sich vielleicht freut, dass man neue Nachbarn bekommt oder zumindest diesen Vorgang gelassen betrachten kann, aber nicht gefürchtet werden muss, dass die eigene Lebensqualität krass gemindert wird. Dankeschön (*Applaus KPÖ*).

GR. **Pacanda:** Ja, auch von uns Unterstützung in diesem Antrag, da wir auch sicher sehr kritisch sind oder vielleicht die kritischsten sind, was Baudichteüberschreitungen betrifft, weil wir sie überhaupt nicht mehr akzeptieren, außer es ist ein größeres öffentliches Interesse vorhanden. Was uns aber gefehlt hat bei dem Antrag, es steht zwar wunderschön in der Überschrift oder im Titel eben drinnen die Transparenz für die Bürger, möchte ich eben gerne einen Zusatzantrag stellen zu dem Thema und zwar, dass gerade im Sinne der Transparenz eine Vorgehensweise geplant werden soll, inwieweit die Bürgerinnen und Bürger da diese Entscheidungen, die im Stadtsenat dann getroffen werden, auch bekommen und nachlesen können, weil das verstehe ich auch unter Transparenz, natürlich in Hinsicht auf den Datenschutz natürlich genau zu achten, dass das natürlich beachtet wird, weil es war ja für mich auch die Frage, warum jetzt nicht im Gemeinderat zum Beispiel oder warum jetzt im Stadtsenat. Ich glaube einfach, er könnte auch, der Stadtsenat, etwas transparenter werden, vielleicht reicht es auch möglicherweise aus, dass einfach die Öffentlichkeitsarbeit dementsprechend dann aus diesem Bereichen mehr berichtet. Aber dementsprechenden Zusatzantrag von uns bitte und volle Unterstützung in dem Bereich. Dankeschön.

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

GR. Dr. **Piffl-Percevic** zum Antrag: Verehrter Gemeinderat, Herr Vorsitzender, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ja, die Bebauungsdichte ist aus Sicht der Stadtplanung, der Raumordnung ein sehr, sehr wichtiges Instrument. Es beschäftigt uns im Raumordnungsausschuss einmal bei allen Bebauungsplänen in der Umsetzung, wenn man so will, operativ und natürlich bei den Flächenwidmungsplänen einmal generell und beim Stadtentwicklungskonzept. Es gilt hier, wirklich verantwortungsvoll vorzugehen. Ich möchte aber auch deutlich sagen, Kollege Pacanda, wir diskutieren immer wieder sehr vortrefflich über dieses Thema. Wenn von einer Bebauungsdichteüberschreitung die Rede ist, dann ist das nichts Illegales, sondern ich bekämpfe jetzt den Begriff, weil es wäre so ein Hinweis, dass man sich selber die Lizenz zur Gesetzesüberschreitung gibt, das ist es nicht. Der Terminus gehört dringend verändert, sondern es ist eine städtebauliche Möglichkeit, auch einem Bau- und Widmungswerber, der öffentlich Zugeständnisse macht, Verkehrsflächen abtritt, Raumhöhen so gestaltet, dass dort Geschäfte usw. und Kerngebiete... dass man das auch dann honoriert, in dem Sinn, dass er zumindest nicht an bebaubarer Fläche verliert dadurch. Es ist für uns ganz, ganz wichtig, wenn wir die Stadt auch funktional gestalten wollen. Ich möchte da wirklich bitten, dass wir hier diesen Ausdruck nicht mit Gesetzeslosigkeit oder dergleichen in Zusammenhang bringen. Im Übrigen gibt es eben dafür eine Verordnung des Landes Steiermark und es ist dort auch eine Unterschreitung von Bebauungsdichten genauso nur möglich, wenn es ein Gutachten eines Sachverständigen gibt. Ich glaube, wir sollten diese Begrifflichkeiten einmal so uns bewusst machen, jedenfalls, das steht unbestritten fest, wir haben alle, wer immer zur Vollziehung da aufgerufen ist, Verantwortung. Die Verantwortung haben unsere Sachverständigen, die in jedem Fall bei Überschreitung oder Unterschreitung ein Gutachten abzugeben haben und das tun sie, wie wir wissen, mit großer Sorgfalt

und Gewissenhaftigkeit, aber dann hat die Behörde eine Entscheidung zu treffen. Ich danke für die Abänderung des Textes, auch des Antrages, es wird hier auch mit den Abteilungen der Stadt, mit dem Herrn Baudirektor, mit dem Stadtplanungschef, mit der Verkehrsplanung zu sprechen sein, wie wir uns sozusagen das Regulativ geben, das ist jetzt möglich, weil wir das heute wahrscheinlich so beschließen, dass das Ganze zu prüfen ist. Ich bitte, hier mit großer Sorgfalt an die Sache heranzugehen und stelle in Aussicht, dass unsere Fraktion diesem nunmehr so geänderten Antrag auch zustimmt. Ich danke für die Aufmerksamkeit (*Applaus ÖVP*).

GR. Ing. **Lohr**: Liebe Kollegen, letzte Wortmeldung für heute wahrscheinlich. Ich bin sehr glücklich und freue mich, dass die anderen Parteien dem Ansinnen folgen können. Eben die Vorredner haben ja Zustimmung signalisiert. Ganz kurz noch zum Kollegen Philip Pacanda. Wie gesagt, der Stadtsenat ist deshalb ausgewählt worden, weil das in der Verordnung möglich ist und eben nicht für den Gemeinderat und zu deinem Zusatzantrag, er impliziert, dass man ja mehr Information an den Bürger bringen, dem können wir zustimmen und ich danke eben dem gesamten Gemeinderat, wenn er dem Antrag jetzt die Zustimmung erteilt (*Applaus FPÖ*).

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Der Zusatzantrag der Piratenpartei wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP und SPÖ) abgelehnt.

8) Maßnahmen zum Erhalt alter Sorgen

GR. **Mogel** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Mogel**: Herr Vorsitzender, werter Stadtsenat, hoher Gemeinderat, geneigte Zuhörer auf der Tribüne! Im Mai letzten Jahres wurde in Brüssel der Entwurf einer EU-Saatgutverordnung der Öffentlichkeit vorgestellt. Beinhaltet eine striktere Reglementierung im Bereich Saatgutgesetzgebung und damit verbunden eine extreme Bevorzugung internationaler Konzerne gegenüber kleiner Landwirtschaftsbetriebe. Das EU-Parlament hat in überwältigender Mehrheit letzte Woche diesen Plänen eine Absage erteilt und auch das Verfahren formal beendet. Mir ist es ehrlich gesagt schleierhaft, wie mit solchen Ideen einer EU-Kommission überhaupt zusammenpassend die Ziele des Übereinkommens zur biologischen Vielfalt aus dem Jahre 1992 umgegangen werden kann. Dieses Übereinkommen wurde damals von praktisch allen Ländern dieser Erde unterschrieben, auch von der EU, wird wohl ein EU-Mysterium bleiben, das sich mir nie ganz erschließen wird. Aber gerade wir in Österreich, wir nehmen dieses Thema besonders ernst, ich möchte das kurz an zwei kleinen Beispielen darstellen. Gleich nach Bekanntmachung des Entwurfes der EU-Kommission zur Saatgutverordnung hat unser Bundesrat einstimmig eine Subsidiaritätsrüge gegenüber der EU-Kommission beschlossen. Zweites Beispiel, von den rund 800.000 Menschen, die EU-weite Petitionen zum Erhalt der Vielfalt unterschrieben haben, waren etwa die Hälfte, sprich 400.000, Österreicher. Dass wir Österreicher ein sehr hohes Bewusstsein die heimische Artenvielfalt betreffend haben, wird mittlerweile auch in der EU wahrgenommen. Das liegt wahrscheinlich auch daran an unseren geografischen Gegebenheiten in Österreich, kleinräumiger denken, auch in der Steiermark.

Durch die hügelige und bergige und größtenteils auch gebirgige Landschaft ist bei uns Landwirtschaft viel kleiner strukturiert und wegen der rauen Umstände auch regional spezifischer als zum Beispiel in den Tiefebene Norddeutschlands oder Polens. Durch

die Einführung von Saatgutgesetzgebung und der Entwicklung des Saatgutwesens in der Mitte des 20. Jahrhunderts wurde zum einen die industrielle Agrarproduktion vorangetrieben und auch eine höhere Produktivität ermöglicht, zum anderen aber ergab sich daraus ein starker Rückgang der Arten und Sortenvielfalt. Der letzte Versuch großer Konzerne, über die EU-Kommission eine Überreglementierung im Bereich Saatgut zu erwirken, wird wohl nicht der letzte Angriff auf die Agrobiodiversität gewesen sein. Hochleistungs- und nicht selbst vermehrbare Hybridsorten verdrängen immer mehr unsere alten und mittlerweile selten gewordenen Obst-, Gemüse- und Getreidesorten. Mit dem Zurückdrängen alter Sorten verschwindet auch das Wissen um Anbautraditionen, Kulturverfahren aber auch zum Beispiel von alten Kochrezepten. Gerade wegen der intensiven Berichterstattung der letzten Wochen, ich zähle da auf, Global 2000, auch die Kronen Zeitung hat sich hier stark gemacht, auch die SPAR-Märkte haben sich da stark gemacht und auch angesichts Ausgang der Abstimmung im EU-Parlament halte ich es für wichtig und dringlich, gerade jetzt mit Nachdruck die Bewusstseinsbildung der Bevölkerung auch im...

Aufgrund eines technischen Gebrechens konnte der Schluss der Wortmeldung von GR. Mogel und die Wortmeldung von Frau GR.ⁱⁿ Mag.^a Pavlovec-Meixner nicht protokolliert werden (Anmerkung der Schriftleitung).

Aus diesem Grund stelle ich namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachfolgenden

dringlichen Antrag:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

- Der Gemeinderat der Stadt Graz bekennt sich zum Erhalt biologischer Vielfalt und zum Schutz alter Sorten und erkennt ebenso die Notwendigkeit, die Bewusstseinsbildung innerhalb der Bevölkerung im Rahmen des eigenen Wirkungsbereiches der Stadt Graz mit Nachdruck zu forcieren, in dem Wissen, dass letztlich nur eine breite Wahrnehmung in der Öffentlichkeit eine langfristige Sicherstellung von regionalem Saatgut gewährleisten kann.
- Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden damit beauftragt zu prüfen, ob irgendeine Form der Förderung möglich sei, innerhalb des eigenen Wirkungsbereiches den Erhalt von Agrobiodiversität nach Kräften zu unterstützen.
- Die Stadt Graz richtet im Sinne dieses Bekenntnisses eine Stellungnahme an die übergeordneten Gebietskörperschaften – vor allem aber an den Bund - und ersucht darin unter Betonung der im Motivenbericht geführten Argumentation um verstärkte Unterstützung und Förderung von Biodiversität und Erhalt alter Sorten im Interesse der Bevölkerung. Der Bund möge diese Haltung im Rahmen der Europäischen Union auch weiterhin mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln vertreten.

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

9) Mehr Transparenz bei der Parteienfinanzierung dringend notwendig

GR. Dr. **Wohlfahrt** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. Dr. Wohlfahrt: Die Ereignisse der letzten Tage zeigen, wie dringend notwendig transparente Regelungen für die Parteienfinanzierung schon in der Vergangenheit gewesen wären und natürlich auch zukünftig sind.

Nicht nur die Öffentlichkeit hat ein Recht darauf, sichergehen zu können, dass die Parteiförderung, die ja über Steuermittel finanziert wird, ordnungsgemäß eingesetzt wird und keine unrechtmäßigen Zahlungen an die Parteien fließen. Auch im Sinne des Schutzes vor Verdächtigungen und Anschuldigungen sind politische Parteien gut beraten, vollkommen transparent mit ihren Parteikassen umzugehen.

In diesem Sinne muss man es als schweren politischen Fehler sehen, dass sich die Grazer Stabilitätspartner ÖVP als auch SPÖ und FPÖ mehrmals gegen unsere Initiativen für mehr Transparenz in Sachen Parteienförderung gewandt und unseren diesbezüglichen Anträgen die Zustimmung verweigert haben. Ich erinnere hier an unsere dringlichen Anträge zu transparenteren Regelungen der Parteienfinanzierung, zur Anwendung der städtischen Subventionsordnung auch auf die Parteisubventionen, zur Kontrolle der Parteienfinanzierung durch den Stadtrechnungshof und zur Wahlkampfkostenbeschränkung (u.a. dringliche Anträge vom 20.10.2011, 15.3.2012, 5.7.2012 und 19.9.2013).

Die Forderung nach mehr Transparenz erhält aber nicht nur durch den aktuellen Fall Nachdruck, sondern auch durch die deutliche Erhöhung der Parteien- und Klubförderung in Graz im vergangenen Mai. Gerade, um nicht die Vermutung zu nähren, dass die erstmalig eingeführten Transparenzbestimmungen durch den Bund (Parteiengesetz 2012) Anlass dafür waren, die Subventionierung durch die öffentliche Hand in diesem Maße anzuheben - inzwischen ist ja gesetzlich geregelt, dass Parteien keine Spenden von Unternehmungen wie der Telekom, an denen die öffentliche

Hand mit mehr als 25 % beteiligt ist, annehmen dürfen - sollte alles unternommen werden, um für mehr Transparenz zu sorgen.

Die Grazerinnen und Grazer haben ein Recht darauf, informiert zu werden, was mit ihren Steuermitteln passiert und passiert. Immerhin werden seit 2013 jährlich 2.308.300 € von der Stadt an die Parteien und Gemeinderatsklubs ausgeschüttet. In diesem Sinne sind wir Grüne der Ansicht, dass dem Grazer Stadtrechnungshof Einsicht in die Parteienkassen zu geben ist und zwar auch für vergangene Jahre, denn wer nichts zu verbergen hat, der kann sich auch nicht gegen Transparenz aussprechen.

Natürlich kann der Gemeinderat keine Verpflichtung der Parteien zur Kontenöffnung erlassen. Aber wir können unserem städtischen Kontrollorgan, dem Stadtrechnungshof, die Möglichkeit einräumen, in dieser für die politische Kultur einer Stadt so wichtigen Angelegenheit, nämlich der Parteienförderung, tätig zu werden. Und wir können die Verweigerung der Kontrolle durch den Stadtrechnungshof auch sanktionieren, nämlich mit einer empfindlichen Kürzung der zukünftigen Parteienförderung.

Konkret schlagen wir vor, dass der Stadtrechnungshof die Finanzen der Parteien für die letzten 7 Jahre prüfen soll, solange müssen nämlich Belege aufbewahrt werden. Im Sinne des politischen Anspruchs, dass die Grazer Bevölkerung ein Recht hat zu erfahren, wie die Parteien finanziert wurden und werden, ob Parteispenden von halböffentlichen oder privaten Firmen an Parteien geflossen sind oder ob es Hinweise auf etwaige indirekte Gegengeschäfte gab, sollte ein solches Prüfverfahren des Stadtrechnungshofs zumindest folgende Punkte umfassen:

- Überprüfung auf den Verdacht strafrechtlicher Vergehen, illegaler Parteienfinanzierung und Untreue. Bei Verdachtsfällen ist eine Mitteilung an die Staatsanwaltschaft zu machen.
- Überprüfung auf steuerrechtliche Vergehen, insbesondere auch der Auszahlung von Geldern an Personen ohne ordnungsgemäßes Arbeits- bzw. Vertragsverhältnis. Bei nicht aufklärbaren Verdachtsfällen ist eine Mitteilung an die zuständigen Behörden (z.B. Finanzamt, Sozialversicherung) zu machen.
- Überprüfung der Verwendung der Mittel aus den sogenannten Töpfen 3 und 4 der Parteienförderung: Diese Mittel wurden nur jenen Parteien gewährt, die Heime für Studierende und Jugendliche (insbesondere SchülerInnen und Lehrlinge) betreiben. Der Rechnungshof möge dem Gemeinderat berichten, ob diese Mittel auch den Heimen zugute gekommen sind.

In diesem Sinne stelle ich namens des grünen Gemeinderatsklubs - ALG folgenden

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Die Magistratsdirektion wird ersucht, bis zur Gemeinderatssitzung am 15. 05. 2014 ein Gemeinderatsstück über die notwendigen Änderungen in den Richtlinien über die Parteien- und Klubförderung und in den Subventionsrichtlinien im Sinne des Motivenberichts vorzubereiten. Zu überprüfen ist weiters, ob diesbezüglich auch eine Anpassung des Statuts des Stadtrechnungshofes erforderlich wäre. Insbesondere ist eine Halbierung der Subventionen für alle jene politischen Parteien und Gemeinderatsklubs vorzusehen, die dem Grazer Stadtrechnungshof keine unbeschränkte Einschau in ihre Finanzen ermöglichen. Des Weiteren ist ein Prüfauftrag an den Stadtrechnungshof im Sinne des Motivenberichtes zu konkretisieren. Jedenfalls sind die drei bereits erwähnten Punkte (Verdacht auf strafrechtliche und steuerrechtliche Vergehen, Verwendung der Mittel aus den

Töpfen 3 und 4) in den Prüfauftrag an den Stadtrechnungshof für die vergangenen sieben Jahre aufzunehmen.

Aufgrund eines technischen Gebrechens konnten die Wortmeldungen von GR. Dr. Wohlfahrt, GR. Mag. Haßler, GR.ⁱⁿ Bergmann, GR. Sippel und Teile von GR. Rajakovics nicht protokolliert werden (Anmerkung der Schriftleitung).

GR. Rajakovics: ...die Öffentlichkeitsarbeit in Kreativwirtschaft oder was auch immer investierst, gehört im Großen na selbstverständlich geprüft und auch vorgelegt, aber wie es genau ist, bitteschön, jede Partei kann sich das für sich wählen und hat keine Partei das Recht, in einer anderen genauer hineinzuschauen und zu sagen, ihr gebt soundsoviel und ihr gebt soundsoviel aus. Ich möchte nur abschließend dazu sagen, die große Medientransparenz, die ja auch für alle öffentlichen Einrichtungen gilt, hat genau dazu geführt, dass, kaum war sie heraußen, die Mediaprint vorstellig geworden ist, um festzustellen, dass die Styria von der Stadt Graz mehr Geld bekommt und ob es wohl im nächsten Jahr so ist, dass das wohl ausgeglichen ausgeht. Also das ist das Einzige, was die Medientransparenz in dem Fall gebracht hat, dass alle sagen, ja wir wollen auch noch ein bisschen mehr Geld für unsere Medien lukrieren und das soll und wird auch immer die Strategie jeder einzelnen Firma, in dem Fall jeder einzelnen Partei, bleiben. Aber ich würde dich wirklich ersuchen im Fall Bernhard Schönegger, es ist von ihm alles gesagt worden und es war auch ganz klar, dass er so schnell wie möglich einvernommen wird, und das alles vorzuwerfen, ist eine Art, jemand die Schmutzwäsche hinzuwerfen, dann aufzufordern, er soll sie waschen, im Wissen, dass die grünen Flecken am schwersten herausgehen (*Applaus ÖVP*).

GR. Dr. **Wohlfahrt**: Ich bin etwas verwundert über die große Aufregung, aber wer den Antrag durchgelesen hat, der weiß, um was es im Antrag geht. Es geht um Transparenz der Parteienkassen, genau damit man so etwas verhindern kann, wie da jetzt passiert...

Zwischenruf GR.ⁱⁿ Potzinger: Was ist passiert?

GR. Dr. **Wohlfahrt**: ...dass Leute in Verdacht kommen, weil es unklar ist, ob hier Geld geflossen ist oder nicht, das sind die Unklarheiten und genau das kann man durch Transparenz verhindern und offensichtlich liegen die Nerven ziemlich blank, weil viele haben einfach nicht zugehört, um was es im Antrag geht, aber ich nehme es zur Kenntnis. Dass die Staatsanwaltschaft den Kollegen nicht als Zeugen führt, sondern als Verdächtigen, ist nicht meine Entscheidung. Entschuldigung, das ist mit der Staatsanwaltschaft zu klären, ich habe das Thema hier nicht angezogen, wir haben natürlich dazu kommentiert, weil das auch dazugehört, aber das gehört da jetzt nicht her.

Zwischenruf GR. Rajakovics: Das waren haltlose Anschuldigungen.

GR. Dr. **Wohlfahrt**: Ein paar Dinge zurück. Keiner von den Grünen oder ich zumindest, ich möchte nicht für alle reden, mich interessiert die FPÖ-Parteikasse sowas von gar nicht, mir würde einfach grausen, da reinzuschauen, deswegen auch nie die Forderung, das zu sehen, was da passiert, Leute. Drinnen steht, ich habe dem Rechnungshof zugemutet, da reinzuschauen, nie war die Idee, ich glaube, das ist genau das, wie man mit Leuten umgeht, die Transparenz wollen. Das ist ein Kärntner System, da sind immer die, die Transparenz wollten, an dem Pranger gestanden und nie die, die Milliarden versenkt haben, das ist das falsche System Leute (*Applaus Grüne*). Ihr glaubt, man kann das verhindern, indem man die Leute, die Transparenz wollen verunglimpft und denunziert, da ist das Problem, Leute, nicht das, warum darf ein Rechnungshof nicht reinschauen, vielleicht wäre es gescheit, wenn der Rechnungshof zuerst reinschaut und nicht nachher die Staatsanwaltschaft das alles aufarbeiten muss, wenn es zu spät ist, wenn die Milliarden oft auch versenkt sind, aber sei es drum. Der Kollege Haßler mit seinen Wirtschaftsprüfern, ja, die Wirtschaftsprüfer, Burgtheater, Hypo, alles gut geprüft, überhaupt keine Probleme, vielleicht ist nicht ganz gut gegangen. Leute, ich habe mehr Vertrauen zu unserem Stadtrechnungshof, der kriegt nicht Geld dafür, ich meine, er kriegt auch Geld, aber unabhängig davon, er kriegt nicht Geld für den Prüfungsauftrag. Ist das was Neues, dass man sich Prüfungen kaufen kann, tut ihr alle so, als ob ihr nicht wisst, wie komme ich zu einem Ergebnis von einem Wirtschaftsprüfer? Leute, ich meine, wie gibt es das, dass alles geprüft ist, alles für in Ordnung befunden ist, ich habe mehr Vertrauen zum Rechnungshof als zu einem Wirtschaftsprüfer. Schauen Sie sich an, was Wirtschaftsprüfer alles bestätigt haben, schauen Sie, was es für Gutachter gibt, wie viele Gutachten haben gesagt, dass die 12 Millionen für Birnbacher ok sind, Leute, wenn ihr euch auf solche verlassen wollt, dann seid ihr verlassen.

Zwischenruf GR. Mag. Frölich: Traurig für einen Universitätsprofessor, der sagt, Wirtschaftsprüfer sind käuflich.

GR. Dr. **Wohlfahrt**: Noch was, kleine Richtigkeit... die Parteien werden nicht geprüft, die Klubs werden geprüft, ist eine Kleinigkeit, nur eine kleine Überlegung, wie lange sind denn die Richtlinien, wie ausführlich ist denn da was beschrieben? Sind es zwei Zeilen oder sind es drei Zeilen, wo das drinnen steht? Zweieinhalb. In zweieinhalb Zeilen wird das beschrieben, was die Wirtschaftsprüfer machen wollen. Nein, Leute, ich glaube, da tun wir uns selber nichts Gutes, ich glaube, da wollen wir uns durchschummeln und ich muss auch, auch wenn die Zeit schon um ist, ich halte mich gerne dran, aber noch eine sachliche Richtigstellung angehen. Ina Bergmann, habe ich richtig verstanden, dass du gesagt hast, die Grünen haben der Erhöhung der Parteienförderung zugestimmt?

Zwischenruf GR.ⁱⁿ Bergmann: Ich wurde aufgeklärt, das nehme ich zurück.

GR. Dr. **Wohlfahrt**: Ok, danke. Kann passieren, das Ärgerliche ist, dass das das zweite oder dritte Mal passiert aus den Reihen der Kommunisten. Deswegen sind wir sehr verärgert. Ich glaube es dir, ich sehe das schon, aber das Problem ist, dass wir da immer wieder, es werden auch die Kommunisten das Problem gehabt haben, dass hier kommuniziert wird, wir hätten dieser Erhöhung zugestimmt, es ist falsch, wir sind uns einig darüber, ich bitte, hier besser aufzupassen, weil es stimmt einfach nicht. Ansonsten der Schlusssatz, ich bitte natürlich um Annahme des Antrages, auch

wenn der Dringlichkeit, wir sind gar nicht zum Antrag gekommen, auch wenn ich wenig Licht sehe. Danke (*Applaus Grüne*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP, SPÖ und FPÖ) abgelehnt.

10) Datenschutz in der Stadt Graz

GR. **Pacanda** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Pacanda**: Sehr geehrte Damen und Herren! Last but not least, der dringliche Antrag der Piraten zum Thema Datenschutz in der Stadt. Es ist jetzt ein bisschen was Längeres und dazu möchte ich gerne was vorlesen: Es läutet an der Tür eines Grazer Bürgers. Über die Gegensprechanlage erklärt ihm ein Fremder, der vorgibt, von der Stadt Graz seinen Namen und Anschrift erhalten zu haben, dass sein Fahrzeug abgeschleppt würde, für den Fall, dass er es nicht selbst entfernt, da es in einem kurzfristig angebrachten temporären Halteverbot steht.

Diese Geschichte wird der eine oder andere aus der Kleinen Zeitung gelesen haben und sicherlich kennen. Aus unserer Sicht handelt es sich dabei um die Übermittlung von personenbezogenen Daten durch Unbekannt an Unbekannt. Und um es sicherzustellen, dass dieser Vorgang nicht auf der Tagesordnung steht, sind wir der Meinung, also zumindest die, die zuhören, sind der Meinung, dass das nicht passieren sollte, dass man Daten einfach weitergibt. Dass man unbedingt Maßnahmen setzen muss (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*), um mit Daten vorsichtig umzugehen. Da der restliche Antragstext bekannt ist und mir auch bekannt ist, dass es bereits einen Abänderungsantrag geben wird, werde ich kurz noch zusammenfassen, welche Forderungen bei unserem Antrag drinnen gewesen sind.

Einerseits möchte ich erinnern daran, dass bereits 2011, am 20.10., ein einstimmiger dringlicher Antrag mit vielen Punkten im Bereich Datenschutz angenommen worden ist, wo wir sozusagen beantragen würden, dass man einfach diesen Antrag noch einmal aufrollt und berichtet, was schon passiert ist, weil ich glaube, es weiß niemand ganz genau, was von diesen Punkten effektiv umgesetzt worden ist. Der zweite Punkt wäre unser Wunsch, dass man wirklich diesen Fall aufklärt und überprüft, damit einfach so etwas in Zukunft nicht mehr passieren kann. Das wäre ganz wichtig, weil ich glaube, uns allen Datenschutz doch am Herzen liegt. Schwärzungen der Gemeinderatssitzungen, es ist eh egal, was ich sage, weil gewisse Bereiche wollen eigentlich eh nicht mehr zuhören, so wie die ÖVP. Es ist ok, wenn Datenschutz effektiv kein Thema ist, ist das gut. Der dritte Punkt wäre, dass man überprüft, ob man einen Datenschutzbeauftragten einrichten könnte und der vierte Punkt, inwieweit Awareness-Trainings dazu führen könnten, dass solche Vorfälle nicht mehr passieren. Dankeschön.

GR. **Stöckler** zur Dringlichkeit: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat, liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Philip! Ich glaube, wir sind uns ob der Dringlichkeit deines Antrages im Klaren und auch des Berichts, der in der Kleinen Zeitung steht. Es gibt nur leider bei deinem Antrag beziehungsweise bei den Fragen, die du gestellt hast, meiner Ansicht nach auch als Magistratsbediensteter einige Unschärfen und deswegen, wie du schon richtig gesagt hast, wird unser Klubobmann a.D., Ehrenobmann Peter Piffel, später einen Abänderungsantrag stellen. Und zwar vor allem bezüglich des zweiten Punktes, die Formulierung von dir, „lückenlos aufklären und überprüfen“ erweckt mehr oder weniger den Eindruck, dass ein Magistratsbediensteter ein strafrechtlich relevantes Verhalten gesetzt hat und es ist derzeit reine Spekulation, ob dies wirklich mehr oder weniger der Fall war. Es kann sich nämlich im Prinzip nach dem Zeitungsbericht auch um einen Mitarbeiter einer

ganz anderen Behörde gehandelt haben. Die Formulierung, und das ist das nächste Problem, zielt zweitens darauf, dass ein Verwaltungsstrafverfahren auf alle Fälle durchzuführen ist und in diesem Zusammenhang haben wir das weitere Problem dann, dass das Ergebnis mitgeteilt werden müsste und in diesem Fall haben wir wieder ein datenschutzrechtliches Problem, dass es sich dabei wieder um geschützte Daten handeln würde und eine Beauskunftung in diesem Fall nicht so ohne weiteres möglich wäre. Das war zum Punkt zwei, deswegen können wir leider nicht mitgehen. Zum Punkt 3 Datenschutzbeauftragter, es hat einen sehr guten Grund, wieso es so etwas normalerweise nicht gibt, es ist nämlich gesetzlich nicht vorgesehen, dass es einen Datenschutzbeauftragten gibt und das ist aus einem einfachen Grund. Eine zentrale Stelle betreffend des Datenschutzes im Magistrat ist nicht anrätlich, weil wir permanent die ständige Verwendung geschützter Daten in den verschiedenen Abteilungen haben und in diesem Fall die Abteilungen selbst die besten Stellen sind, diese Daten zu überwachen, also den Datenschutz herzustellen und zu sichern. Und jetzt zum vierten Punkt noch, der ursprüngliche Antrag die Schulungsmaßnahmen beziehungsweise die ARGE-Daten, es gibt sehr wohl, was ich weiß von der Magistratsdirektion, schon ein e-Projekt auch mit fixer Prüfung, das für Herbst anberaumt wurde und in diese Richtung stoßend wäre dein Antrag eigentlich nur redundant und wie gesagt, dieses Projekt ist auf Schiene und deswegen könnten wir zwar mit dem ersten Punkt leben, mit allen drei weiteren nicht und deswegen wird der Herr Ehrenklubobmann einen Abänderungsantrag seitens der ÖVP-Fraktion stellen. Danke (*Applaus ÖVP*).

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Grabe**: Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe Philip! Danke für den Antrag, wir haben ja im Vorfeld auch schon das abgestimmt und wir stimmen dem selbstverständlich zu, weil es, wie alle sonstigen Daten gezeigt haben, dass eines in der Frage extrem wichtig ist, nämlich das Bewusstseinsbilden bei denen, die mit

Daten umgehen, mit sensiblen, mit weniger sensiblen. Dieses Bewusstsein kann nicht genug geschärft werden, es gibt natürlich immer technische Mittel, mit denen man versucht, noch mehr Sicherheit und Überwachung zu schaffen, die überall, außer im Gemeinderat wahrscheinlich, gelten. Aber die Schwachstelle in den meisten der Fälle, was alle wissen, die sich mit Datenschutz und solchen Themen und Sicherheit beschäftigen, sind fast immer die handelnden Personen, die aus Unachtsamkeit Dinge weitergeben, nicht entsprechend verschlüsselt usw. und insofern gebe ich dir und deinem Anliegen vollkommen Recht und wir werden das natürlich gerne unterstützen. Danke.

GR. **Pacanda**: Ich möchte auf eines hinweisen, die Daniela hat es jetzt eh im Endeffekt auch schon erwähnt, die spannende Frage ist ja auch wirklich, hoffentlich haben wir da kein Datenloch irgendwo und hoffentlich kommt dann nächste Woche nicht irgendwer daher und zeigt das Datenloch, das ist jetzt einmal die große Hoffnung und das wäre dann etwas Interessantes und das könnte man in dem Rahmen natürlich auch überprüfen. Ich kündige es jetzt auch gleich an, zum Abänderungsantrag, der nachher dann kommt, auch einen Zusatzantrag zu stellen, wo der erste Punkt wiederum drinnen ist. Dankeschön.

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

GR. Dr. **Piffli-Percevic**: Herr Bürgermeister, ich darf richtigstellen, mein Puch-Fahrrad ist wirklich ein Puch Klub, das ist eine sehr schöne Bezeichnung. Fahre ich jeden Tag zur Freude von der Lisa Rücker von allen Umweltbewegten gerne ins Rathaus. Jetzt

kann ich dem Wunsch des Herrn Bürgermeister, ich kann ihm nicht ganz Rechnung tragen, denn in Wirklichkeit spreche ich jetzt nicht mehr zum Antrag, denn der Abänderungsantrag, den wir stellen, soll den ganzen Antragstext ersetzen, das ist auch mit dem Antragsteller so abgesprochen, kann auch schon vorwegnehmen, dass wir dem Zusatzantrag, den er daraufhin stellen wird, zustimmen werden für den Fall, dass dieser Abänderungsantrag angenommen wird. Ich ersuche darum und trage ihn kurz vor. Anstelle dieser verschiedenen Punkte, die der Antragsteller zum Inhalt hatte, wollen wir einfach jetzt einmal einen Zwischenschritt setzen und im Ausschuss, im Verfassungsausschuss, der auch für den Datenschutz zuständig ist, einen generellen Bericht erbitten vom Magistrat und auch vom gesamten Haus, wie es mit der Datensicherheit und dem Datenschutz bestellt ist. Wenn dann noch Fragen verbleiben, besteht selbstverständlich die Möglichkeit, die dort zu stellen oder auch weiterhin uns damit zu befassen. Das war der Abänderungsantrag, der dem Herrn Bürgermeister und der Schriftleitung bereits vorliegt. Ich ersuche um Annahme (*Applaus ÖVP*).

GR. **Pacanda**: Der Zusatzantrag lautet und das ist wortident, das heißt, es ist da keine Veränderung drinnen: Die zuständigen Abteilungen der Stadt Graz werden ersucht, alsbald an den zuständigen Ausschuss zu berichten, welche Maßnahmen und Überprüfungen seit dem dringlichen Antrag der Gemeinderatssitzung vom 20.10.2011 bereits erfolgt sind.

Das ist der Antrag, der wahrscheinlich dem einen oder anderen noch bekannt ist vom ehemaligen Gemeinderatsmitglied Mariacher, der ist...

Zwischenrufe unverständlich.

GR. **Pacanda:** ...dann erinnere ich euch gerne und auch den Kollegen Lohr, dass der einstimmig angenommen worden ist und es wäre einfach interessant zu wissen, was passiert ist. Dankeschön.

Der Abänderungsantrag wurde einstimmig angenommen.

Der Zusatzantrag wurde einstimmig angenommen.